

Wöchentlich 65 Bl., wovon 4 1/2 Bl. im Voraus zahlbar. Postpreis 4,25 M. einschließlich Postgebühren, Auslandsendungen 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner Unterhaltung und Witz, „Frauenstimme“, „Tschau“, „Bild in die Buchwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
25. Januar 1929
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einblättrige Sonntagsausgabe 40 Pfennig, Restamende 2.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das eingedruckte Wort 25 Pfennig (gültig für alle eingedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 66 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags, von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dänhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 556 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 6

Die Regierungsfrage im Reich. Feste Bindung oder verhängnisvoller Wirrwarr.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt zu der Frage der Regierungskoalition im Reich:

„Es ist selbstverständlich, daß die bisherige Form des Regierens, die sogenannte lockere Bindung ihre Grenzen hat, und es kann kaum einem Zweifel unterliegen,

daß wir uns einem kritischen Moment

nähern. Er liegt in der Notwendigkeit, den Etat zu verabschieden und für das Defizit eine Deckung zu finden. Daraus ergibt sich für den Reichstanzler die Notwendigkeit, jezt, ohne zunächst offizielle Verhandlungen zu eröffnen, mit den leitenden Stellen der einzelnen Parteien Fühlung zu nehmen und das Terrain zu sondieren. Mit diesen Unterhaltungen ist denn auch bereits am Mittwoch begonnen worden.

Sicherlich werden die Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei — die Bayerische Volkspartei nimmt in gewissem Sinne eine Sonderstellung ein — die Frage nach ihrer grundsätzlichen Bereitschaft zur koalitionsfähigen Bindung mit einem Ja beantworten. Nicht ganz so gewiß ist es, ob sie alle auch gewillt sind, auf eine neue Diskussion der sachlichen Voraussetzungen zu verzichten, obwohl sie ohne Unterschied die Unzweckmäßigkeit von langwierigen Programmdebatten und Richtlinienunterschieden zugeben. Aber damit sind die Schwierigkeiten noch nicht beseitigt. Sie liegen jezt insbesondere auf dem Gebiet der zahlenmäßigen Vertretung der einzelnen Fraktionen im Kabinett.

Was im Sommer verhältnismäßig leicht zu regeln gewesen wäre, ist heute dorniger geworden. Damals verlangte das Zentrum drei Sitze in der Regierung. Die anderen waren bereit, sie ihm zuzugestehen. Dann aber kam es mit seinen bekannten Forderungen, daß ihm der Posten des Reichstanzlers und schließlich auch der des Innenministers eingeräumt werde. Daraus resultierte die ganze Kombination: das Zentrum ließ sich nur durch einen Vertrauensmann in der Regierung vertreten, und die Demokraten erhielten zwei Plätze. Das Zentrum besteht jezt auf seinem alten Verlangen. Niemand widersetzt sich ihm prinzipiell. Aber es steht so aus, als ob das Zentrum im gegenwärtigen Augenblick weder auf das Justizministerium noch auf das Ernährungsministerium besonderen Wert legt. Es müßten also Umgruppie-

rungen vorgenommen werden, und das ist, wie jeder zugeben wird, nicht einfach.

Mit diesen Schwierigkeiten aber ist es noch nicht genug. Die Volkspartei hält an ihrem Anspruch auf Hinzuziehung zur preussischen Regierung fest. Ihre Parole lautet: Ohne Preußen keine Koalition im Reich, und ob sich nun die preussische Frage so schnell erledigen läßt, wie die Situation im Reich es erfordern würde, ist fraglich.

So sieht der Rohmen aus, innerhalb dessen sich die Konjerenzen des Reichstanzlers mit den Parteiführern vermutlich bewegen müssen, wobei der besonderen Hindernisse, die aus der Haltung der Bayern erwachsen, noch gar nicht gedacht ist. Man könnte nun auf den Ausweg verfallen, wenn die eigentliche Große Koalition zurzeit nicht zu erreichen ist, einen interfraktionellen Ausschuss auf die Beine zu stellen, der über die jeweilig strittigen Fragen eine Verständigung herbeiführt.

Indessen scheint auch diese Lösung keine allgemeine Zustimmung zu finden, und wie stehen vor der Frage, wie denn nun eigentlich das Schiff über die Klippen der nächsten Zeit, namentlich über die des Etats und der Deckungsfrage, hinweggebracht werden soll.

Unter allen Umständen, auch wenn eine Bindung zustande kommt, wird eine Verständigung über die Probleme, die uns jezt auf den Leib rücken, nicht leicht herbeizuführen sein. Aber immerhin wären die Aussichten unendlich viel günstiger, als wenn die Fraktionen aufeinander gar keine Rücksicht zu nehmen brauchten. Auf die Dauer werden sie mit ihren Wünschen und ihren Forderungen zu den Kompromißvorschlägen des Kabinetts nicht zurückhalten. Sie werden jede ihre eigenen Ersparnis- und Steuerpläne der Öffentlichkeit unterbreiten, und was die Sozialdemokratie angeht, so wird sie sicher nicht auf die Freiheit verzichten, von der die anderen Gebrauch machen. Das würde dann die Verwirrung auf die Spitze treiben, und wenn einmal die Sonderprogramme aufgestellt sind, wird es fast unmöglich sein, eine Einigung, wie sie jezt noch denkbar ist, herbeizuführen. Das wäre dann die Krise, und die, die es angeht, sollten es sich wohl überlegen, ob sie es auf diesen Ausgang ankommen lassen wollen und wie sie sich die Beendigung der Krisis denken!

Kriegsverzicht des Kapitals. Die Abschaffung des Krieges durch Sozialismus.

Der Reichsrat hat gestern den Gesetzentwurf zu dem Vertrag über die Achtung des Krieges angenommen.

Vor siebzehn Jahren, am 20. Dezember 1911, hat in der Kammerdebatte über den Marokkovertrag Frankreichs Sozialistenführer Jaurès über Frieden und Finanzkapital heilsamerische Worte gebraucht, die so aktuell sind, als ob sie gestern geprägt wären. Er wies darauf hin, daß durch diesen Vertrag zum erstenmal die finanzielle Zusammenarbeit zweier Staaten als Staaten vereinbart sei und sagte über die Gefahren des Krieges und die Hoffnungen des Friedens folgendes: „Aber es gibt drei Kräfte, die für den Frieden arbeiten. Die erste ist die internationale Organisation der Arbeiterklasse... auf eine so offensichtliche Tatsache brauche ich jezt nicht einzugehen. Die zweite ist der Hochkapitalismus in seiner modernen Organisationsform... Wie das Eigentum vom Bodentkapital zum Industriekapital und dieses sich zum Finanzkapital umwandelt, so wandelt sich auch der Charakter der Politik um... Ueber die Rasse- und Zollgrenzen hinweg arbeiten die gewaltigen Trusts des Kapitalismus... das internationale Finanzkapital der Banken verbindet die verschiedenen nationalen Industriekapitalismen... Eine Krediterschütterung in Paris erschüttert den Kredit in Hamburg, in New York. So beginnt eine kapitalistische Solidarität zu entstehen, die... unter der gemeinsamen Kontrolle der Völker eine Bürgschaft des Friedens sein kann; das sind von jeher unsere Auffassungen gewesen; erst vor wenigen Monaten hat sie in einem Meisterwerk ersten Ranges Marx' Jünger Hilferding dargestellt. Hier entwickelt sich eine neue ungeheure Macht, die, von den Kräften der Demokratie unkontrolliert, den Frieden unter elenden Vorwänden mißbrauchen kann, die aber, von freien und unabhängigen Nationen überwacht, in dem unsicheren Gleichgewicht der Mächte zur Erhaltung des Friedens beitragen kann. Die dritte Friedenstraft ist die Erneuerung des angelsächsischen puritanischen Idealismus in Amerika. Es ist grundfalsch gewesen, die Amerikaner allein als Dollarjäger zu betrachten, bei ihnen hat sich der Idealismus ihrer Vorfäter erneuert, die in ihrer Art von einer Gesellschaft der Freiheit und Gerechtigkeit träumten. Aus dem Geiste dieses erneuerten Idealismus heraus hat der Präsident Taft die Schiedsverträge angeregt, deren Bedeutung man nur begreift, wenn man sie mit jener gewaltigen geistigen Bewegung in Verbindung bringt... Das sind die geistigen Kräfte, die den Frieden vielleicht zu sichern vermögen.“

So ist es kein Zufall, daß in den gleichen Tagen, an denen der Präsident der Vereinigten Staaten Coolidge als Amtsnachfolger Jenes Taft, den Jaurès pries, den Kriegsverzichtsvertrag ratifizierte, der Präsident des größten Bankkonzerns der Welt, Pierpont Morgan, in den Sachverständigenausschuss eintritt, um das größte internationale Finanzgeschäft, die Finanzierung der deutschen Reparations-schuld in die Wege zu leiten. Und wenn zugleich aus England, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan dazu die Staatsbankdirektoren, Bank- und Industriekapitäne in den Sachverständigenausschuss entsandt werden, so werden in diesen Ländern gleichzeitig alle Vorbereitungen getroffen, um dem am 28. August in Paris unterzeichneten Kriegsverzichtsvertrag durch die Ratifikation Rechtskraft zu verleihen. Während in Berlin, Essen, Hamburg die Herren Schacht, Raftl, Bögl, Melchior die Koffer zur Reise nach Paris packen lassen; hat der Reichsrat den Gesetzentwurf über den Kriegsverzichtsvertrag genehmigt.

Während die Herren Parmentier und Moreau ihre letzten Unterhaltungen mit dem französischen Ministerpräsidenten haben, legt Briand den Kriegsverzichtsvertrag dem französischen Parlament vor. Tief hinein bis ins Herz der „proletarischen Diktatur“ reicht der Zusammenhang zwischen Finanzkapital und Friedenssicherung durch Kriegsverzicht. Moskau hat seinem Staatsbankpräsidenten Scheinmann die Tore der Banken in der Wallstreet New York dadurch geöffnet, daß es sogar vor allen anderen Regierungen den Kriegsverzichtsvertrag ratifizierte. So huldigt alle Welt dem „christlichen Idealismus“, der allein in Amerika zu einer lebendigen außenpolitischen Macht geworden ist, und die Finanzkapitalisten aller Länder vereinen sich, um die Kriegsgefahren zu mildern, während die Kriegsminister und Rüstungsindustriellen sie immer von neuem aufhäufen.

Der Kampf um die Ratifizierung des Kriegsverzichtsvertrages ist im Senat der Vereinigten Staaten nicht leicht gewonnen worden. Gehört doch in diesem aus je zwei Senatoren der 48 Staaten unterschiedslos zusammengesetzten Senat der Vereinigten Staaten eine Zweidrittelmehrheit dazu, einen internationalen Vertrag gültig abzuschließen. Schon manche Schiedsverträge sind an der Engstirnigkeit weiß- und südstaatlicher Senatoren gescheitert, die an der Doktrin der Souveränität der Vereinigten Staaten festhalten, als ob es noch immer gelte, ihre Freiheit wie im 18. Jahr-

Reichstagsbeginn.

Kommunistisches Spektakelstück mit der Erwerbslosennot.

Der Reichstag trat gestern nachmittag nach der Weihnachtspause wieder zusammen. In einer kurzen Sitzung besprach er die Regierungsvorlage über die Wartegeldempfänger. Die Vorlage wurde dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Die kommunistische Thälmann-Fraktion veranstaltete am Schluß ein Spektakelstück. Sie hatte auf der Zuhörertribüne ein Duzend junger Leute placiert, die taktmäßig einen Sog in den Saal riefen und ein Transparent entfalteten. Zwei Duzend kommunistische Abgeordnete klatschten dazu Beifall. Sie waren indes mit der Aktion nicht zufrieden, sie beklagten sich untereinander, daß die jungen Leute nicht vorchriftsmäßig die „Internationale“ gesungen hätten. Das Spektakelstück sollte eine Demonstration für die Erwerbslosen darstellen. Es war ein Stück der neuen „revolutionären Taktik“.

Das Bos der 2 1/2 Millionen Erwerbslosen in Deutschland ist so bitter, daß selbst die Kommunisten sich schämen sollten, ihre Not zu einem gestellten Spektakelstück zu mißbrauchen.

Der rätselhafte Bombenabwurf.

Sollte er den Truppen Amanullahs gelten?

London, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Die Tötung von 13 englisch-indischen Kavalleristen durch britische Fliegerbomben an der indisch-afghanischen Grenze hat hier erhebliches Aufsehen erregt. Man hält die bisherigen Berichte für unglaubwürdig. Dieser Verdacht ist besonders auch dadurch verstärkt worden, daß sich die Tragödie nicht bei Peshawar, sondern am Eingang zum Kalber-Paß, wenige Kilometer von der afghanischen Grenze entfernt, abgespielt hat. In London ist das Gerücht verbreitet, daß es überhaupt nicht um Flugzeuge gegangen seien, sondern daß die britischen Flieger gegen die Schinwarl-Stämme eingesetzt worden seien und infolge der schlechten Sicht eigene Kameraden mit dem Gegner verwechselt haben. Dies im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Schinwarl wieder zu Amanullah übergegangen sind, würde diesem Vorfall einen politischen Hintergrund geben, der dringend der Aufklärung bedarf. Darum hat Abg. Kennworthy (Lab.-P.) im Unterhaus den Staatssekretär für Indien gefragt, ob es sich tatsächlich um Flugzeugabwürfe gehandelt habe oder ob die Flugzeuge „im aktiven Dienst“ gestanden hätten. Der Staatssekretär antwortete, man müsse die eingeforderten Untersuchungsberichte abwarten.

Südslawien ohne Parteien.

Alles aufgelöst!

Belgrad, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Heute wurden sämtliche politischen Parteien aufgelöst, radikale Demokraten, sozialistische Partei, deutsche und ungarische Partei, da Parteien laut Staatsverleumdungsgesetz nicht mehr existieren dürfen.

Todesurteile in China.

Von japanischen Offizieren gefällt!

Nanking über Peking, 24. Januar.

Fünf Chinesen sind von der japanischen Polizei in Hankau unter Spionageverdacht verhaftet und vom japanischen Feldkriegsgericht zum Tode verurteilt worden. Die Nanking-Regierung hat sofort Schritte unternommen, um die Hinrichtung aufzuschieben.

Afghanistan und Preußenlandtag.

Kommunistische Agrarberatung.

In der Aussprache des Landtags über den Landwirtschaftsetat am Donnerstag verurteilte die Rede des Kommunisten Stjellerup bei den wenigen, die ihm zuhörten, ungetrübte Heiterkeit. Er brachte es fertig, die deutsche Landwirtschaft in Verbindung mit Afghanistan und Amanullah zu bringen, um daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die deutsche Sozialdemokratie feindselig gegen Sowjetrußland sei! Aus diesem Witz konnten selbst seine Fraktionskollegen nicht schlau werden, sie sahen mit verdühten Gesichtern da. Daß die Katastrophe nicht schon längst über die deutsche Landwirtschaft gekommen ist, erklärte Abg. Ketter von der Deutschen Fraktion mit dem Göttertrauen der deutschen Bauern.

Die Aussprache wird am heutigen Freitag fortgesetzt; der sozialdemokratische Abg. Brandenburg wird über die Landarbeiterfrage sprechen.

hundert gegen einen tyrannischen König in London zu verteidigen. In dem gleichen Senat ist vor neun Jahren Wilsons Völkerbundsentwurf gescheitert. Gerade der Mann, Borah, der damals als Republikaner den Weltstaatsgedanken des demokratischen Professors vernichtete, ist es diesmal gewesen, der den Verzicht auf den Krieg und die Verpflichtung zur Schiedsentscheidung aller Streitigkeiten so geschickt und leidenschaftlich verteidigte, daß nach wochenlangen Debatten die Opposition bis auf einen einzigen „Unersöhnlichen“ zusammenschmolz und der Bericht des Auswärtigen Ausschusses mit seinen verschiedenen Bennis und Abers, Vorbehalten und Bedenken den anderen Regierungen nicht mitgeteilt wird, die Unterschrift Amerikas also vorbehaltlos gilt. Dabei trat dann auch die Vorlage der fünfzehn neuen Kreuzer in den Hintergrund, die die Admiralität, die Rüstungsindustriellen und diejenigen bauen wollen, die der Gedanke nicht schlafen läßt, daß Amerika noch immer nicht so viel leichte und mittlere Schiffe auf den Ozeanen schwimmen hat wie das einst seeherrschende Albion. Aber es ist ja eine internationale Erscheinung, daß die Parlamente und Völker Kriegsverzichtverträge schließen, während sie den Generälen, Admiralen und der Schwerindustrie erlauben, aus ihrer Tasche Kriegsschiffe vom Stapel zu lassen.

Dies sind die gleichen Kreise, die auch tun, was sie können, um den Fortschritt des Kriegsverzichts nach Strich und Faden zu verfeinern. Sie verfeinern bewußt, daß damit das in der Völkerbundsfassung von 1919 noch aufrechterhaltene Recht auf den Krieg zum ersten Male formell aufgehoben wird. Sie reden mit Absicht davon, daß der Vertrag „nur moralischen Charakter“ habe und unterschlagen daher den Absatz 2, der rechtlich bindend die friedliche Schiedspflicht enthält. Wenn im übrigen dieser Vertrag dadurch entwertet werden soll, daß man darauf hinweist, daß keine Kriegsmacht als Sanktion dahintersteht, so hat man gerade in Deutschland Grund genug, sich auf die politischen Folgen der Verletzung eines klaren Rechtes zu besinnen. Die Neutralität Belgiens war auch „nur“ durch die Unterschrift Preußen-Deutschlands garantiert. Ob schon keinerlei Rechtsfolgen an die Verletzung des belgischen Kriegsverzichts geknüpft waren, ist es eben doch das schwere Unrecht an Belgien gewesen, das der kriegsfreundlichen Minderheit in England die Wehrheit verschaffte und das wichtigste Propagandamittel wurde, um gegen das kaiserliche Deutschland die ganze Welt zusammenzubringen.

Wenn es so das Interesse der schaffenden Massen ist, die Entwertungen des Kriegsverzichts in ihren Urhebern und in der rüstungsfreundlichen Tendenz zu erklären, so heißt das aber nicht, daß der Verzicht auf den Krieg mehr als nur eine Clappe auf dem richtigen Wege wäre. Wenn auch im Völkerrecht durch diesen Vertrag, die allgemeine Schiedspflicht und die Organisation des Völkerbundes die Entwicklung zu einem gewissen vorläufigen Entschluß gekommen ist — nur um so krasser tritt die Tatsache hervor, daß von einer Abschaffung des Krieges die Rede noch immer nicht sein kann. Alle Verfassungen kennen noch heute das Recht auf Krieg; der Kriegsverzicht stellt nur eine Vereinbarung dar, von diesem Recht keinen Gebrauch zu machen. Noch immer ermächtigen die Staatsverfassungen, die Staatsoberhäupter oder gesetzgebenden Körperschaften, den Krieg, auch den Angriffskrieg, zu erklären. So ist auch nach der Verfassung von Weimar der Träger der Staatsgewalt, der gegenwärtig noch Krieg erklären darf; das war früher der unverantwortliche Kaiser und Bundesrat, ist jetzt der vom Volke gewählte Reichstag. Aber kein Sozialist wird die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen eines Bürgerblocks lassen wollen. Kein Staatsorgan darf Kriege erklären dürfen. So ist es die Aufgabe der sozialistischen Parteien aller Länder, den unvereinbaren Widerspruch zwischen Kriegsverzicht des Völkerrechts und dem Kriegrecht des Staatsrechts aufzuzeigen, auf die darin liegende Kriegsgefahr aufmerksam zu machen und den Kampf um die Sicherung des Friedens auch gegen das Finanzkapital bis zur Abschaffung des Krieges, aller Kriegsmittel und Kriegsvorbereitungen weiter zu treiben.

Boldemarars Kleinkrieg gegen Warschau.

Aus Anlaß des russisch-polnischen Notenwechsels über eine etwaige Anwendung des Kellogg-Paktes in Osteuropa hat die tschechische Regierung allen Mächten, mit denen sie diplomatischen Beziehungen unterhält, d. h. so ziemlich allen Staaten mit Ausnahme Polens, ein Memorandum überreicht, in dem es u. a. heißt:

1. Der Vorschlag der Sowjetregierung betreffe nur den Kellogg-Pakt, der von allen Seiten bereits angenommen sei und nun von einigen Staaten in Kraft gesetzt werden solle, ohne die allgemeine Inkraftsetzung abzuwarten. Es stehe jedem Staate frei, dem Protokoll beizutreten.

2. Die polnische Regierung habe in der Antwort auf den Sowjetvorschlag betont, daß sie erst mit denjenigen Staaten Fühlung aufnehmen müsse, die als erste den Kellogg-Pakt unterzeichnet hätten. Ferner habe sie die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß alle vierzehn Signatormächte den Pakt zu gleicher Zeit ratifizieren müßten. Diese Behauptung sei jedoch haltlos, denn die Vereinigten Staaten hätten den Pakt ratifiziert, ohne die Frage der gleichzeitigen Ratifizierung auch bei den übrigen Signatormächten angeregt zu haben.

3. Die Besorgnis der polnischen Regierung um die baltischen Staaten und Rumänien könne nicht ernst genommen werden, denn diese Staaten könnten selbst darüber entscheiden, ob sie dem Protokoll beitreten oder nicht. Diese Haltung der polnischen Regierung verrate nur, daß Polen als Protektor der baltischen Staaten und Rumänien auftreten möchte.

4. Die polnische Regierung wundere sich darüber, daß der russische Vorschlag nicht Finnland, Estland, Lettland und Rumänien, sondern Litauen unterbreitet worden sei, welches keine gemeinsame Grenze mit Rußland habe und sich weigere, diplomatische Beziehungen zu Polen anzunehmen. Hierzu müsse die tschechische Regierung nochmals bemerken, daß das Nichtvorhandensein diplomatischer Beziehungen zwischen Litauen und Polen lediglich darauf zurückzuführen sei, daß Polen den Vertrag von Suwalki verlegt und, Zeligowski Litauen Wilna entriß. Wenn Polen dieses Unrecht wieder gutmachen würde, würde auch für Litauen kein Hindernis mehr bestehen, diplomatische Beziehungen zu Polen anzuknüpfen. Andererseits neige Polen, wie aus dem Gesagten zu ersehen ist, dazu, die internationalen Abmachungen in sonderbarer Weise auszulegen. Hieraus ergebe sich die Pflicht, darauf zu achten, daß Polen genau und in loyaler Weise seinen Verpflichtungen nachkomme.

Hoffmann und Kölling strafverurteilt

Sie haben das Ansehen des deutschen Richterstandes schwer geschädigt

Punkt 5 Uhr nachmittags verkündete der Vorsitzende des Großen Disziplinarssenats Kammergerichtspräsident Tigges das Urteil in Sachen Hoffmann-Kölling. Es lautete:

„Der Disziplinarssenat hat für Recht erkannt: Auf die Berufung des Generalstaatsanwalts wird das Urteil des Disziplinarssenats in Naumburg vom 12. März 1928 wie folgt geändert: Der Angeeschuldigte Kölling wird wegen Dienstvergehens zur Verurteilung in ein anderes Richteramt bei gleichem Gehalt unter Erlass der Umzugskosten und zu einer Geldbuße von 50 Mark verurteilt.“

Die Berufung des Generalstaatsanwalts gegen die Entscheidung im Falle Hoffmann sowie die Berufung der Angeeschuldigten werden zurückgewiesen. Die baren Auslagen für das Verfahren werden zu einem Viertel den Angeeschuldigten, zu Dreivierteln der Staatskasse auferlegt.“

Vom Naumburger Disziplinarssenat war Kölling nur zu einem Verweis verurteilt worden. Die vom Großen Disziplinarssenat bestätigte Bestrafung Hoffmanns durch das Naumburger Gericht besteht in Strafverurteilung und 200 Mark Geldstrafe.

Die Begründung des Urteils befragt im wesentlichen: Die Angeeschuldigten haben erklärt, nur gegen Busdorf den Vorwurf der Nordbegünstigung erhoben zu haben. Das stimmt nicht. Im Gegenteil muß jeder unbefangene Leser aus dem Urteil den beabsichtigten Vorwurf der Nordbegünstigung gegen hohe Verwaltungsstellen herausgelesen haben.

Die Beweisaufnahme hat aber auch für einen Vorwurf der Begünstigung gegen Busdorf keinerlei Anhaltspunkte ergeben.

Auch die Formverletzungen Busdorfs, seine Eingriffe in die Verwaltung konnten keinen Anlaß zu dem Vorwurf der Begünstigung liefern.

Wenn auch bedauerliche Formverletzungen durch Polizei und Verwaltung vorgekommen sind, so nicht in der Absicht, den Mörder zu schützen, sondern einem Unschuldigen zum Recht zu verhelfen. Köllings Veröffentlichung vom 8. August hat nicht die volle Wahrheit enthalten. So müßte sie den Verdacht erwecken, als hätten Kriminalbeamte und Verwaltungen unrechtmäßig gehandelt.

Hoffmanns erster Artikel „Recht in Rot“ ist um seines ganzen Geistes willen zu beanstanden. Ein jeder, dem das Wohl der Justiz am Herzen lag, mußte alles vermeiden, was geeignet war, einen Konflikt mit den Behörden zu verschärfen. Hoffmann hat ihn aber zugespitzt; im zweiten Artikel „Recht in Rot“ hat besonders häßlich das Eigenlob auf, das sich der Verfasser selbst spendete.

Schuldhafte Geschwideligkeit

liegt in der Zuwiderhandlung des Angeeschuldigten Hoffmann gegen das Verbot des Oberlandesgerichtspräsidenten. Es war die Absicht Hoffmanns, den Artikel zu veröffentlichen. Und er hat ausdrücklich als stellvertretender Landgerichtspräsident die Erlaubnis dazu erteilt, obgleich er wußte, daß der Landgerichtspräsident Müggel sie unbedingt verweigert hätte. In seiner Eigenschaft als Justizverwaltungsoberhaupt war er aber verpflichtet, der Anordnung des Oberlandesgerichtspräsidenten Folge zu leisten.

Nicht minder schwer fällt ins Gewicht, daß er die Herren Zuckerschwerdt und Gruson veranlaßt hat, sich in eine richterliche Handlung einzumischen. Diese Tatsache erscheint besonders traurig, da es ein Richter gewesen ist, der diese Einmischung veranlaßt hat.

Rotfrontführer Scherlinsky.

Kommunistischer Rundfunkheld und Schwerverbrecher.

Der Kommunist und Gruppenführer im Roten Frontkämpferbund Scherlinsky hat nach ursprünglichem Zeugnis nunmehr auch ein Geständnis abgelegt, daß er an der Entführung des „Vorwärts“-Rebateurs Wolfgang Schwarz beteiligt ist. Die beiden anderen Mitäter waren, wie bereits mitgeteilt, von Anfang an geständig. Daß man Scherlinsky aus der Sache herauszuhalten bestrebt war, hat offenbar seine guten Gründe. Denn die Persönlichkeit Scherlinskys gibt der ganzen Entführungsgeschichte erst das richtige Aussehen.

Scherlinsky ist ein der Polizei und den Gerichten seit langem bekannter Gewohnheitsverbrecher. Seine Taten liegen auf durchaus unpolitischem Gebiet, sie richteten sich gegen fremdes Eigentum und reichen bis in die jüngste Zeit hinein. Seit Kriegsende ist Scherlinsky — von der Zeit vor dem Kriege wollen wir ganz absehen — wegen folgender Dinge bestraft worden, wobei wir betonen, daß die hier angeführten Straftaten nur eben die uns bekanntgewordenen sind; es ist leicht möglich, daß das nachstehende Register nicht einmal vollständig ist:

- Im Jahre 1919 wegen schweren Diebstahls 6 Monate Gefängnis.
- „ 1920 wegen Betruges 6 Monate Gefängnis.
- „ 1920 wegen Begünstigung 6 Wochen Gefängnis.
- „ 1920 wegen wiederholten schweren Diebstahls 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.
- „ 1922 wegen Diebstahls im Rückfall 9 Monate Gefängnis.
- „ 1923 gemeinschaftlich schwerer Diebstahl im Rückfall 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

So sieht der „proletarische Held“ aus, den die Berliner Kommunistenpresse so überschwänglich gefeiert hat. Bei der Entführung hatte Scherlinsky bekanntlich die Aufgabe, mit vorgehaltenem Revolver den Genossen Schwarz an jeder Bewegung zu verhindern. Die kommunistische Behauptung, daß der Revolver „ungefunden“ und das ganze nur ein „Scherz“ gewesen sei, wirkt angesichts der Persönlichkeit des Zuchthäusers Scherlinsky ganz außerordentlich überzeugend!

Daß dieses Subjekt einen Führerposten im Roten Frontkämpferbund bekleiden konnte, ist gleichfalls nicht überraschend. Vorbestrafte Elemente spielen in diesem Bunde, wie das bei jedem Raufboldtum verständlich ist, namentlich auch in der Führung eine besondere Rolle. Befindet sich doch auch unter den gestrigen wegen Ueberfalls auf drei Reichsbannerkameraden verurteilten Rotfrontkämpfern der neunmal wegen Rohheitsvergehen vorbestrafte Michael Konejny. Immerhin ist dieser Mann nicht, wie Scherlinsky, rückfälliger Dieb, Einbrecher und Betrüger. Deshalb hat er es auch nicht so weit wie Scherlinsky im Roten Frontkämpferbund gebracht und hat sich mit Ueberfällen in dunklen Straßen begnügen müssen, während Scher-

Diese Handlungen Hoffmanns haben über den deutschen Richterstand all das Unheil gebracht. Natürlich ist in den Zeitungen viel Unrichtiges geschrieben worden.

Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß, wenn Hoffmann und Kölling sich in der Wahl der Mittel nicht so vergriffen hätten, das Ansehen des deutschen Richters weit über die Grenzen Deutschlands hinaus nicht derartig geschädigt worden wäre.

Zur Frage der Strafzumessung führte Kammergerichtspräsident Tigges aus: Kölling hat eine derartige Abhängigkeit vom fremden Willen und eine derartige Unentschlossenheit und Bankrotmütigkeit an den Tag gelegt, daß er unmöglich in denselben Räumen weiter amtierem kann, in denen er bisher tätig gewesen ist.

Hoffmann kennenzulernen hat das Gericht im Verlaufe der Verhandlung Gelegenheit genug gehabt. Sein Selbstvertrauen ist so groß, daß es bereits eine Gefahr bedeutet.

Die fremde Meinung und die Ehre des anderen schätzt er nur gering.

Er ist in jedem Punkte bei seiner Ansicht geblieben. Der Senat hat eingehend geprüft, ob nicht doch dem Antrage des Generalstaatsanwalts auf Dienstentlassung zu entsprechen sei. Es ist jedoch angesichts der Beweggründe zu seinen Handlungen davon abgesehen worden. Kirgends hat er sich von Eigenmuth leiten lassen. Seine Absicht war, seinen Kollegen zu stützen. Er glaubte auch, dem Richterstande zu dienen. Gerade angesichts der Persönlichkeit des Angeeschuldigten ist eine Strafverurteilung Sühne genug. Gerade er hat sich in Naumburg ein Ansehen weit über das hinaus, was sonst üblich ist, erworben. Wenn er auf eine Verurteilung gehofft hat, so als Beförderung, nicht als Strafe. Daß die Verurteilung für ihn eine härtere Strafe sein soll als für Kölling, findet einmal ihren Ausdruck darin, daß ihm die Umzugskosten vermehrt werden; andererseits wird dieser Umstand auch bei der Wahl des Ortes in Rechnung zu ziehen sein.

Die Begründung des Urteils hebt die Schwere des Vergehens der beiden Richter außerordentlich scharf hervor — die Strafzumessung ist im Gegensatz dazu außerordentlich milde.

Die Begründung schiebt Kölling und Hoffmann ein gerütteltes Maß von Schuld an der Vertrauenskrise der deutschen Justiz dem „schweren Unheil, das den deutschen Richterstand getroffen habe“, zu — aber ist das Urteil geeignet, sie zu beheben?

Die Öffentlichkeit wird nicht rechten über das Maß der Buße an sich, wohl aber über die Tatsache, daß beide Männer auch künftighin mit der ganzen Autorität und Unfehlbarkeit, die das Unabhängigkeitsprinzip deutschen Richtern gibt, über andere zu Gericht sitzen werden.

Die Begründung stellt Hoffmann gegenüber fest, daß er die fremde Meinung und die Ehre des anderen nur gering schätze. Der Gedanke, daß ein solcher Mann weiterhin Strafrichter bleiben darf, ist unerträglich! Der Disziplinarssenat hat den Willen zur Reinigung der Justiz gehabt, mer aber wird verstehen, daß zwei Frondeure, die das Ansehen der Justiz untergraben haben, Richter bleiben können, obwohl ihnen das Disziplinargericht die obersten Eigenschaften abspriicht, die ein Richter besitzen muß!

Hier ist eines jener Urteile, denen das Volk verständnislos gegenübersteht, die es darum mit tiefer Skepsis gegenüber der Rechtspflege erfüllen.

stark angesichts seiner vielseitigen Verdienste mit „glanzvollen“ Aufgaben betraut wurde.

Anlage gegen die Rundfunkbanditen erhoben.

In der Rundfunkaffäre hat gestern Erster Staatsanwalt Köhler von der Staatsanwaltschaft II Anlage erhoben. Die Anlage richtet sich gegen Dr. Karl Brand, den Gruppenführer beim „Roten Frontkämpfer-Bund“ Scherlinsky und ein weiteres Mitglied der kommunistischen Partei namens Peude, die der gemeinschaftlichen Rötigung in Lateinheit mit Freiheitsberaubung beschuldigt werden, außerdem Dr. Brand und Scherlinsky der Bedrohung mit Erschießen und des unbefugten Waffenbesitzes. Der Chauffeur des Kraftwagens ist nicht ermittelt worden. Nach Annahme der Anlage war er zweifellos im Einverständnis mit den Teilnehmern der Entführung.

Die drei Angeklagten sind im vollen Umfange geständig. Scherlinsky hatte bis zuletzt jede Teilnahme bestritten. Nachdem ihm aber Erster Staatsanwalt Köhler die Geständnisse der Mitbeschuldigten am Mittwoch vorgelegt hatte, hatte er ebenfalls ein Geständnis abgelegt. Während Scherlinsky und Peude auf freiem Fuß sind, befindet sich Dr. Brand in Untersuchungshaft, da er in Erfahrung gebracht wurde, daß er unter falschem Namen geführt hat. Seine Persönlichkeit ist noch nicht ganz geklärt, angeblich soll er Oesterreicher sein. Die Hauptverhandlung wird vor dem erweiterten Schöffengericht in Reutlingen stattfinden.

Kommunisten untereinander.

Geistiger Kampf mit Gumminäppeln und Totschlägern.

Breslau, 24. Januar.

Am Mittwochabend wurde im Restaurant „Zum Belling“ eine Versammlung der Rechtsopposition der Kommunisten von linksstehenden Kommunisten gesprengt. Es kam zu einer schweren Prügelei, bei der einige Personen verletzt wurden. Das Ueberfallkommando der Polizei mußte eingreifen und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Ein weiterer Ueberfall wurde auf den rechtskommunistischen Wandervogel in einem Vereinslokal durch Angehörige der kommunistischen Jugend verübt. Die Mitglieder wurden mit Gumminäppeln und Totschlägern bearbeitet; zwei Jugendliche wurden über zugedrückt, so daß sie in ein Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Der Landtag von Kloppe wählte gestern die neue Regierung. Es wurden gewählt die Abgeordneten Drafke (Soz.), Leopold (Volksrechtspartei) und Weise (Dem.) mit 11 gegen 9 Stimmen. Damit ist die seit drei Jahren bestehende große Koalition zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei gefallen.

England und die Reparationskohle.

Versorgungs im Unterhaus geäußert.

London, 24. Januar.

Die deutschen Kohlenlieferungen auf Reparationskonto werden in England als sehr bedeutsam angesehen. Man kann damit rechnen, daß die britischen Vertreter im Sachverständigenausschuß bezüglich der Sachlieferungen einschneidende Abänderungen des gegenwärtigen Sachlieferungsplans verlangen werden. Der Wettbewerb, den die deutsche Industrie auf allen wesentlichen Weltmärkten den englischen Erzeugnissen macht, erscheint in England also ebenso wichtig wie die Sicherung einer Quote im endgültigen Reparationsabkommen, das Englands Schuldverpflichtungen an die Vereinigten Staaten deckt. Deutschland soll nicht nur auf einer finanziellen Basis gebunden werden, die ihm geringe Erleichterungen gegenüber den bisherigen Verpflichtungen bringt, sondern Hand in Hand damit soll eine wesentliche Beschränkung der deutschen Ausfuhrindustrie erfolgen.

Im Unterhaus stellte Sir Clement Kinsloch die Frage, ob die Regierung in Anbetracht der ungünstigen Wirkung, die die deutschen Kohlenlieferungen auf Reparationskonto auf die britische Kohlenindustrie ausübe, die britischen Vertreter im Reparations-Ausschuss beauftragen wolle, für eine Änderung der Bedingungen einzutreten, unter denen sich die Reparationslieferungen von Kohle zurzeit vollziehen.

Schatzkanzler Churchill erwiderte, die britischen Vertreter in dem genannten Ausschuss seien unabhängige Sachverständige und ihre Ernennung sei nicht unter der Voraussetzung erfolgt, daß sie Anweisungen von ihm erhalten sollten.

Der Abgeordnete Evans fragte, ob der Schatzkanzler im Hinblick auf die ernste Lage der Kohlenindustrie sich nicht dazu verstehen wolle, bei diesem unabhängigen Ausschuss vorstellig zu werden.

Churchill erwiderte, man müsse diesen kompetenten Herren vertrauen, daß sie alle Fragen, die die ihnen vorliegende Materie betreffen, berücksichtigen würden. Die Regierung übernehme für alles, was getan werde, die volle Verantwortung. Der Ausschuss werde lediglich Vorschläge unterbreiten, die Entscheidung liege bei der Regierung und alle konstitutionellen Formen würden selbstverständlich gewahrt werden.

Außendebatte in Warschau.

Der polnische Sozialist für die Minderheitsvölker.

Im Sejm-Ausschuß für Außenpolitik betonten der ukrainische Abg. Lewizki und der jüdische Abg. Reich übereinstimmend, daß die Behauptungen Jaleski über die günstige Lage der Minderheiten in Polen den Tatsachen leider nicht entsprechen. Lewizki klagte besonders über die Unterdrückungsmethoden der Polizeiherren; der Bruder eines Ukrainers, der vor einiger Zeit das Attentat auf den Kaiser verübte, sei ehemaliger polnischer Polizeispitzel gewesen.

Der Redner des Regierungsblocks, Baleski hielt eine antideutsche Rede, in der er sehr viel von Chauvinismus und Völkereindringlichkeit der deutschen Politik redete. Die Groenewaldsche Schrift spielte dabei natürlich eine große Rolle. Der Standpunkt der rechts-deutschen Sozialisten in dieser Angelegenheit sei nach seiner Meinung zumindestens überaus zweideutig.

Auf die Angriffe Baleskis gegen die deutsche Sozialdemokratie erwiderte der Sozialist Kiedzicki. Er erklärte, daß die deutschen Sozialisten den Panzerkreuzer bekämpft hätten, das aber nicht weiter auf Kosten der Koalitionsregierung hätten tun dürfen, deren politischen Wert für die Friedenspolitik und auch für das Verhältnis Deutschlands zu Polen selbst Außenminister Jaleski anerkannt habe. Der Fortbestand der gegenwärtigen deutschen Regierung sei viel wichtiger als der Bau des Panzerkreuzers. Die polnischen Sozialisten befänden sich zur polnischen Regierung in Opposition, ständen aber der Außenpolitik Jaleskis loyal gegenüber und bedauerten nur, daß diese Außenpolitik völlig ohne Kontakt mit dem Parlament und der öffentlichen Meinung gemacht werde, und dadurch selbst Grund zu Mißtrauen im Ausland biete. Die polnische Außenpolitik schädige sich durch die inneren und demokratischen Methoden. Was die Minderheitenpolitik Polens anbetreffe, so hätten die Redner der Minderheiten durchaus recht. Die Grundzüge, die Jaleski nach innen und außen immer wieder vertrete, müsse er zuerst im Inneren des Landes durchführen, wenn sich die Lage der Minderheiten tatsächlich und nicht nur auf dem Papier bessern solle.

Abg. Kapelinski (radikale Bauernp. Wpswolensje-Beitrag) erhob den Vorwurf, daß sich das Verkehrsministerium nur deshalb so energisch für den Bau einer Eisenbahndirektion in Cholm einsetze, weil die Leitung des Baues der Baugesellschaft Tor anvertraut sei, die ausschließlich aus dem früheren Verkehrsminister Komozki und seiner Familie bestehe. Komozki sei elf Monate hindurch gleichzeitig Verkehrsminister und Verwaltungsrat der Baugesellschaft-Tor gewesen, und das sei auch im Wortschatz handelsregister eingetragen. Der Bau der Eisenbahndirektion in Cholm veranschlage mindestens fünfzig Millionen Zloty. Dieser schwere Vorwurf wurde sofort durch Vermittlung des Vorsitzenden der Kommission dem Vizepräsidenten Bartels zur Kenntnis gebracht, der den stenographischen Bericht mit der Rede Kapelinskis dem früheren Minister Komozki zustellen ließ, um Aufklärung zu fordern.

Baden und die Reichsbahn.

Stellungnahme des Landtags.

Karlsruhe, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Der Badische Landtag nahm am Donnerstag zur Bejahung der Verwaltungsratsstellen der Reichsbahn Stellung. Der Landtag billigte die Haltung der Regierung, die gegen die „Übergehung der Vertragsrechte des badischen Landes“ Verwahrung einlegte. Die Tarifpolitik der Reichsbahn wurde scharf kritisiert, da durch sie die oberbadische Industrie und die badischen Altschienen schwer geschädigt würden. Die Bemühungen der badischen Regierung, die Reichsbahn zu einer Änderung ihrer Tarifpolitik zu veranlassen, wurden vom Landtag einmütig gutgeheißen.

In der deutschösterreichischen Mieterschutzfrage ist in dem neuen obstruktionsreichen Unterausschuß des Nationalrates eine Annäherung nicht erfolgt. Die Regierungsparteien wollen die Mieterhöhung größtenteils den Hausbesitzern zuwenden, die Sozialdemokraten nur der Bauübernehmer. Somit hätte laut Vereinbarung das Volk zu entscheiden. Aufsehen macht eine Art Kompromißvorschlag des Leiters der Hypothekenanstalt, Dr. Wölfling: 19 Proz. der Erhöhung des Hausbesitzern, aus dem Rest lebenslängliche, der Erhöhung fast gleiche Zuschüsse an die Wohnungsinhaber.

Zwei Entthronte.



Wilhelm zu Amanullah: „Daß Sie persönlich um Ihren Thron kämpfen, beweist nur, daß Sie nicht aus wirklich seinem Fürstengeschlecht sind wie Ich!“

Elfaß-Debatte in Paris.

Der Kampf um den Autonomismus.

Paris, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Heute nachmittag begann in der Kammer vor überfülltem Hause die große

Debatte über das Elfaß

zu der nicht weniger als elf Interpellationen eingegangen sind. Der Ministerpräsident wird nach den Interpellationen das Wort zu einer langen Rede ergreifen, deren Hauptinhalt, wie versichert wird, eine Fülle von Vorwürfen gegen die Autonomisten bilden soll. Poincaré habe, so heißt es, für diese Gelegenheit bereits seit Jahren Material gesammelt und er will keinen Zweifel über die Verantwortlichkeit der Autonomisten lassen. Der Ministerpräsident soll endlich die geplanten Sondergesetze für das Elfaß verteidigen. Man hegt die Hoffnung, daß Poincaré Proben einer etwas tüchtigeren Denkwiese ablegen möge, als sie seine Verehrer von ihm erwarten.

Als erster der Interpellanten bestieg heute der sozialistische Abgeordnete

Grumbach

die Tribüne. Grumbach erklärte sogleich, es wäre besser gewesen, man hätte diese Debatte, während welcher das Haus seine volle Ruhe und Würde bewahren müsse, früher angelegt, denn die Tatsachen, mit denen man es heute zu tun habe, rührten weder von gestern noch von 1924 her. Er habe immer gesagt, er könne die von Poincaré betriebene Versöhnungspolitik nicht verstehen; so würden nur die Autonomisten ermuntert. Diejenigen, die heute von der Unterdrückung des Elfaß redeten, hätten anscheinend die Vergangenheit vergessen. Die Autonomisten redeten heute, das Elfaß habe im November 1918 seine Freiheit verloren; dabei habe Kallin einst im Reichstage selbst erklärt, die ganze Presse- und Versammlungsfreiheit sei vor dem Kriege im Elfaß abgeschafft worden. Hat man vergessen, daß Hindenburg alle elsfässischen Familien deportieren lassen wollte? Hat man die Vergeisterung der Elsfässer im Augenblick des Waffenstillstandes vergessen? Es war eine Vergeisterung, die vielleicht ihresgleichen in der Geschichte sucht. Heute aber will man die Welt glauben machen, das Elfaß werde unterdrückt. Sicher seien Fehler begangen worden. Aber auch in seinen Fehlern sei Frankreich gut gewesen. Die Schwierigkeiten hätten am Tage des Einzuges der französischen Truppen begonnen. Millerand habe damals nicht verstanden, daß die regionalistische Idee im Elfaß nur zu Mißverständnissen führen könne. Er habe ein Ausnahme-regime eingerichtet, das die schlimmsten Folgen zeitigte. Bereits im Oktober 1919 habe dann auch der Abgeordnete Wetterlé auf die Reime einer föderalistischen Partei hingewiesen. Hier liegen, so erklärte Grumbach, die Ursprünge des Autonomismus. Wenn auch Unzufriedene aller Art heute als Mißläufer mißspielen, einige verdienen, daß sie verstanden werden. Man muß zuerst die

Frage der Naturalisierung

einer Lösung zuführen, dann für das Los der Arbeitslosen, der Beamten, der Eisenbahnarbeiter sorgen. Man muß den Grundsatz der Zweisprachigkeit im Gerichtsweisen respektieren, aber im Innern muß das Französische den Vortritt erhalten. Jeder Elsfässer muß so gut französisch wie deutsch sprechen. Man könne ferner ruhig mit dem Vatikan Verhandlungen wegen Einführung der Laiengesetze im Elfaß beginnen. Die Welt muß wissen, daß das Elfaß französisch ist.

Nach Grumbach sprach der Abgeordnete Brom (Kath. Dem.). Er erklärte sich erstaunt darüber, daß gewisse Anhänger der Zweiten Internationale sich als Vorkämpfer des elsfässischen Patriotismus gebärdeten. Eine sozialistische Zeitung im Elfaß habe Delcassé der Vorbereitung des Krieges beschuldigt. „Dieselbe Anklage“, rief hier Poincaré dazwischen, „schleudert die autonomistische Presse jeden Tag gegen die französische Regierung.“

Brom beschwor zum Schluß Frankreich, es möge sich Mühe geben, das Elfaß zu verstehen.

Durch das Elfaß könne Frankreich Deutschland erreichen und umgekehrt.

Als der Abgeordnete Brom seine Rede beendet hat, erhebt sich Poincaré, um zu protestieren gegen die Beschuldigung des Abgeordneten Brom, als seien die Elsfässer einem System der Verfolgung ausgesetzt. Er könne im Gegenteil Beweise dafür liefern, daß Geldworen vom Colmarer Prozeß fortgesetzt den stärksten Angriffen ausgesetzt gewesen seien.

Der elsfässische Abgeordnete Walter, der keiner Partei angehört (aber den Autonomisten nahesteht), erklärt, das Elfaß sei ohne Vorbehalt in die französische Fronte zurückgekehrt. Unmöglich

habe sich durch das systematische Nichtverstehen der sozialen Probleme ein Unbehagen herausgebildet. Man habe geglaubt, daß das Elfaß, wenn es wieder französisch werde, auf den berechtigten Partikularismus verzichten werde, der Jahrhunderte hindurch zur Befriedigung der großen französischen Patrioten geachtet worden sei. Doch habe das Elfaß niemals auf seine Muttersprache verzichtet. Die große Mehrheit der Bevölkerung, gleichwohl, ob es sich um Katholiken oder Protestanten handele, sei der Laiengesetzgebung feindselig gesinnt. Die elsfässischen Autonomisten seien nicht Agenten des Auslandes.

Die Bedrohung mit einem Druck hätte bei den Elsfässern niemals Erfolg gehabt, selbst nicht unter der deutschen Herrschaft.

Frankreich hätte eine Reformpolitik treiben sollen, aber es habe nicht gehört. Der Abgeordnete nennt den Prozeß von Colmar (Kandak) als Beispiel. Niemand hätte die Unterzeichner des Manifestes des Heimatslandes aufrührerische Reden gehalten. Alle Unterzeichner, soweit sie Beamten seien, seien entlassen worden. (Poincaré ruft dazwischen: Sie werden wieder in Ihre Klemmer eingekerkert.) Die Ausführungen des Abgeordneten über den Colmarer Prozeß rufen eine leidenschaftliche Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Abgeordneten Brom einerseits und dem Abgeordneten Grumbach andererseits hervor. Der Abgeordnete Walter erklärt, mit einem Programm, das sich gegen die Regierung, aber nicht gegen die Nation richtete, sei seine Partei in den Wahlkampf eingetreten und macht zum Schluß in längeren Ausführungen geltend, daß man den regionalen Charakter des Elfaß respektieren und deshalb die Laiengesetze verwerfen müsse.

Nach dieser Rede wurde die Fortsetzung der Debatte auf morgen oertagt.

Kanaltunnel leicht und billig.

Vorzüglicher Boden. — Kostenpunkt: 500 Millionen Mark.

Paris, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Der frühere Arbeitsminister Le Trocquer gab in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des vom einflussigen Bauführer in London gegründeten französischen Kanaltunnel-Komitees im „Intransigeant“ einige interessante Erklärungen über die Möglichkeit des Tunnelprojektes. Le Trocquer erklärte, dem Bau eines Tunnels unter dem Kanal ständen kaum technische Schwierigkeiten im Wege. Bereits bei Vorarbeiten die in den Jahren 1875—1880 auf französischer Seite unternommen wurden, sei man dicht unter dem Meeresgrund auf eine Schicht grauer Kreide gestoßen, diese sei wasserundurchlässig und eigne sich vorzüglich für die Arbeiten. Der Tunnel würde eine Länge von ungefähr 53 Kilometern erhalten. Seine Kosten werden mit etwa 3 Milliarden Franken (500 Millionen Mark; Red.) veranschlagt. Le Trocquer erklärte hierzu weiter, nach einem im Jahre 1919 aufgestellten Vorschlag werde sich dieses Kapital mit Leichtigkeit zu 5 bis 6 Prozent jährlich verzinsen, hierzu sei sogar nur die Zahl der heutigen Engländer zugrunde gelegt. Man dürfe aber doch annehmen, daß sich die Zahl nach Fertigstellung des Tunnels erheblich vergrößern werde.

Militärische Gegenargumente lächerlich.

London, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Im Oberhaus machte Lord Newton am Donnerstag den Vorschlag, daß das Projekt des Tunnels unter dem Kanal durch ein gemeinsames englisch-französisches Komitee studiert werden soll. Lord Newton betonte, daß wohl noch niemals eine größere Aufgabe mit so wichtigen Gründen jahrelang erfolgreich sabotiert worden sei. Der Redner machte sich des ferneren über die militärischen Erwägungen lustig, die bisher gegen das Projekt ins Treffen geführt wurden und stellte fest, daß es für eine feindliche Macht einfacher sei, London vom Aeroplan aus in Trümmern zu legen, als die Truppen durch den Kermellkanal-Tunnel in England einmarschieren zu lassen, da sie hieran von einem einzigen Fahrkartentourenleiter in Dover verhindert werden können.

Der braunschweigische Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 weist einen Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt von rund 4½ Millionen Mark auf. In welcher Weise dieser Fehlbetrag zu decken ist, wird im wesentlichen von der noch ausstehenden Regelung des inneren Finanzausgleichs abhängen.

Beamte auf Wartegeld.

Beratung des Gesetzesentwurfs im Reichstag.

Der Reichstag hat am Donnerstag nachmittag seine Arbeit wieder aufgenommen. Präsident Löbe begrüßte die Mitglieder zum Wiedertreffen im neuen Jahre.

Die Einsetzung eines kommunalpolitischen Ausschusses von 28 Mitgliedern wird beschlossen. Verlangt wird die Genehmigung zur Strafverfolgung einiger Hafentrentler; die Anträge gehen an den Geschäftsordnungsausschuss. Mehrere Abgeordnete wird längerer Krankheitsurlaub erteilt, darunter dem Abg. Aufhäuser (Soz.).

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Stöder (Komm.), eine seit November vorliegende Interpellation dieser Fraktion wegen der Erwerbslosigkeit, sowie eine zweite über die Groener-Denkchrift auf die heutige Tagesordnung zu stellen.

Beide Anträge scheitern am Widerspruch des Abg. Leicht (Bayer. Vp.).

Die erste und zweite Beratung einer Regierungsvorlage über die Wartegeldempfänger leitet

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

mit einer Darstellung des Inhalts der Vorlage ein, wobei die große Unruhe im Hause sehr bald durch Einschaltung der neuen Lautsprecheranlage so überwunden wird, daß der Redner gut zu verstehen ist. Er führt aus:

Vor dem Krieg war die Zahl der Wartegeldempfänger gering. Während des Krieges sind eine große Anzahl Kolonialbeamter, Beamte für Elsass-Lothringen usw., auf Wartegeld gesetzt worden, insgesamt 21 000. Diese Zahl ist durch den Kriegsausgang und durch die Personalabbauverordnung auf 110 000 vermehrt worden und ist seither auf etwa 98 000 zurückgegangen. Der Reichstag hat schon früher verlangt, daß Wartegeldempfänger, die nicht wieder in Dienst verwendet werden, in den dauernden Ruhestand versetzt werden.

Wir wollen uns in allererster Linie bemühen, die Wiederverwendung dieser Beamten in der Verwaltung zu erleichtern und zu fördern.

Die Wartegeldempfänger sollen verpflichtet sein, jede ihnen angebotene Stelle in der Verwaltung anzunehmen, vorausgesetzt, daß sie ihrer Berufsausbildung entspricht. Der zweite Weg ist, daß wir den Beamten, die sich freiwillig pensionieren lassen wollen, Begünstigungen gewähren. So hoffen wir, daß ein großer Teil der Wartegeldempfänger davon Gebrauch machen wird, zumal viele bereits über 58 Jahre alt sind, ihre Wiederverwendung im Dienst also nicht mehr allzu wahrscheinlich ist. Bis jetzt ist die Wiederverwendung oft dadurch behindert worden, daß Wartegeldempfänger ein Neben- oder sogar ihr Haupteinkommen in einem anderen Beruf gefunden und die Wiederverwendung im Dienst abgelehnt haben, weil sie dabei schlechter gefahren wären. Wir wollen den notwendigen Eingriff möglichst schmerzlos gestalten. Wir haben die Bestimmung getroffen, daß Zwangspensionierung, die wir im allgemeinen vermeiden haben, bei Erreichung des 60. Lebensjahres einzutreten hat. Aber auch hier haben wir uns

darum bemüht, daß die Beamten nicht schlechter gestellt sind, als wenn diese Altersgrenze nicht gezogen worden wäre.

Ferner wird die Dienstzeit, die diese Beamten nicht im Reichs- oder Landesdienst verbracht haben, bei der Pension angerechnet werden. Wir rechnen mit einer Gesamtbefassung von etwa 25 Millionen

Mark, die bei der jetzigen Finanzlage nicht vorgeschlagen werden kann. Daher hat auch das gegenwärtige Gesetz einen Uebergangskarakter, die endgültige Regelung soll durch das allgemeine Beamtenrecht erfolgen, das wir in absehbarer Zeit erhoffen. Der endgültigen Lösung wollen wir nicht vorgreifen. Die

Beratung des Gesetzesentwurfs liegt im Interesse einer rationalen Verwaltung.

Es muß auch dafür Sorge getragen werden, daß das Angebot von Arbeitskräften nicht durch solche Bewerber vergrößert wird, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden und dadurch einen gewissen Vorrang bei der Bewerbung haben. Da der gegenwärtige Rechtszustand mit dem 31. März begrenzt ist, bitten wir, die Vorlage bis dahin zu erledigen, zumal beim Reichsentschädigungsamt, beim Reichsausgleichsamt usw. mit dem Freiwerden von Beamtenstellen zu rechnen ist und ihre Inhaber kaum anderswo in der Verwaltung untergebracht werden können. Im Interesse der Rationalisierung der Verwaltung und der Beamten selbst bitten wir um Annahme des Gesetzes. (Beifall links.)

Abg. Gottscheiner (Dnat.): Der frühere Finanzminister Dr. Köhler hat zugegeben, daß die Wiederverwendung der Wartegeldempfänger an dem Widerstand der Ressorts scheitert. Das ist der eigentliche Grund dieser Vorlage. Sie greift aber tief in wohl-erworbene Rechte der Beamten ein und muß deshalb gründlich beraten werden. Eine so rasche Erledigung, wie sie der Minister fordert, ist ausgeschlossen. Der Hinweis auf die Berufsausbildung bietet den Beamten nicht dieselbe Sicherheit, wie die bisher notwendige Rücksichtnahme auf den früheren Rang. Wir begrüßen die Tendenz, durch Bergünstigungen Pensionierungsanträge anzuregen, lehnen aber jede Zwangspensionierung ab. Wir machen die Zustimmung zu der Vorlage von der Annahme unserer Anträge abhängig.

Abg. Lorester (Komm.) findet in der Vorlage schwere Schädigungen der Wartegeldempfänger, Verletzungen des Beamtenrechts, ja, der Verfassung usw. Das gebe die Regierung selbst zu, indem sie anerkenne, daß das Gesetz als verfassungsändernd einer Zweidrittelmehrheit bedürfe.

Abg. Siegfried (Wirtschp.) stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Opfer müßten alle Berufe bringen, auch die Wartegeldempfänger.

Abg. Fried (Natsoz.) spricht im gleichen Sinne wie der Kommunist.

Damit ist die Beratung beendet; die Vorlage geht an den Haushaltsausschuss.

Präsident Löbe schlägt vor, die nächste Sitzung Freitag, 14 Uhr, abzuhalten und als Tagesordnung die Steuerereinhaltungsgeetze.

Ein Antrag der Kommunisten, vorher ihre Anträge und Interpellationen über Erwerbslosenversicherung und Groener-Denkchrift zu beraten, wird abgelehnt.

In diesem Augenblick erhebt sich

auf der Zuhörtribüne ein Sprecher

und deklamiert: „Wir Arbeitslosen fordern Arbeit und Brot.“ Die kommunistischen Abgeordneten begleiten diese bestellte Rundgebetung mit Händeklatschen. Der Präsident hat inzwischen — um 4 1/2 Uhr — die Sitzung geschlossen. Die kommunistischen Demonstranten bleiben noch eine Weile auf der Tribüne, sie deklamieren und schimpfen in den Saal hinunter. Nach und nach wird es ihnen zu langweilig und sie verschwinden.

Aus den Reichstagsausschüssen.

Der Nachtragsetat im Steuerausschuss.

Zum Nachtragshaushalt des Reichsfinanzministeriums hielt Genosse Steinkopf im Hauptausschuss des Reichstags ein ausführliches, auf neuestem Stand beruhendes Referat über die vermittelten Beamtenverhältnisse dieses größten aller Ministerien. Einleitend teilte er mit, daß das Reichsfinanzministerium einen Zugang von 84 Stellen, davon 22 beim Ministerium selbst, zeige. Er freute sich, daß sein Eintreten für die Buchprüfer mit zur Schaffung von Umwandlungsstellen für diese geführt habe. Aber er vermisse Umwandlungsstellen für die ebenso wichtigen Veranlagungsbeamten, nämlich die Steuerobersekretäre, Steuerinspektoren usw. Im Kopf mancher Vorgesetzten spuke immer noch das alte Regime. Sie verlangten in dritter Person angerebet zu werden usw. Der sogenannte Zollfahndungsdiens scheine sich zu einer richtigen Spitzelzentrale zu entwickeln. Davon müsse sich das Ministerium freimachen.

In der Sitzung von Freitag sollen zuerst die Regierungsantworten und dann die Spezialberatung aufgenommen werden.

Flaggendebatte im Strafrechtsausschuss.

Der Strafrechtsausschuss des Reichstags beriet am Mittwoch den § 165 des Entwurfs, der denjenigen mit Strafe bedroht, der öffentlich die Reichsfarben oder die Farben eines Landes beschimpft. Die deutschnationalen Vertreter forderten, daß man den Schutz auf die schwarzweißrote Handelsflagge ausdehne, ebenso Vertreter des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Die deutschnationalen, volksparteilichen und Zentrums-Anträge auf Einbeziehung der Farben der Handelsflagge in den strafrechtlichen Schutz wurden abgelehnt, die Schaffung der Regierungsvorlage gegen Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Am Donnerstag wurde § 166 beraten, der denjenigen mit Strafe bedroht, der in der Absicht, Staatseinrichtungen, Gesetze, Verordnungen oder Anordnungen der Behörde verächtlich zu machen, öffentlich unwahre Behauptungen strafrechtlicher Art öffentlich aufstellt oder verbreitet. Genosse Dr. Rosenfeld trat für die Streichung dieses überflüssigen Paragraphen ein, die Statistik habe gezeigt, daß im Jahre 1926 nur drei Bestrafungen auf Grund dieses Paragraphen eingetreten seien. Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des § 166 wurde angenommen.

§ 167 droht demjenigen Strafe an, der der Verweigerung aus dem Gebiet des Reichs oder eines Landes zumiderhandelt. Genosse Dr. Rosenfeld begründete einen sozialdemokratischen Antrag, nach welchem nur die Rückkehr ins Reich strafbar sein soll, nicht aber das bloße Nichterlassen Deutschlands nach Erlaß der Ausweisungsvorladung.

§ 168 wurde einem Unterausschuss überwiesen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Gees; Wirtschaft: G. Ringelbier; Gewerkschaftsberatung: J. Steiner; Revisionen: R. S. Fischer; Soziales und Sonstiges: Fritz Karchhölz; Anzeigen: Ed. Bloch, sämtlich in Berlin. Verlag: Formworts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formworts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinauer & Co., Berlin SW 68. Einzelpreis 2 Pfennig; 2 Beilagen: „Stadtbeilage“ und „Unterhaltung und Wissen“.

Maniferaufträge

Übergibt man nur dem Kassieren des Deutschen Postvereins, Berlin, Kommandantenstr. 69/70, Einbock 227-78. Beilagszeit 2-5 Sonntags 10-3 Uhr. Kul. Bank, Vertreterstr. 4.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Kolonialwaren

Brudreis . . . Pfund 19 Pf.
Tafelreis . . . 28, 32 Pf.
Makkaroni . . . 38 Pf.
Eier-Schnitt-Nud. 40 Pf.
Eier-Fad.-Nud. 42 Pf.
Pflaum. Bonn., Pfd. 46, 32 Pf.
Pflaum. Kalif., Pfd. 54, 42 Pf.
Backobst Gem., Pfd. 48, 40 Pf.
Birnen Kalif., Pfd. 90, 68 Pf.
Aprikosen Kalif., 1 Ltr. 95 Pf.

Hühner-Bouillon-Würfel 10 Stück 20 Stück 30 Stück
„Olympia“ 50 Pf. 95 Pf. 2.25
Suppenpulver nach böhml. Art: Schoten mit Kalbfleisch, Hühner, Leber, Rindfleisch, 1 Pfd. = 24 Teller 1.95

Konfitüre, 1/2 Elmer

Pflaumen 0.98 Aprikosen 1.10 Erdbeer 1.30
Orangen 1.15 Kirschen 1.35 Ananas 1.45

Apfelgelee Helvelia 2 Pf. 1.28 5-Pfund-Elmer 2.95
Bienenhonig 1-Pfund-Glas 1.20 2-Pfund-Glas 2.35

Kaffee

Mach geröstet, eigene Mühle

Konsum-Misch. Pfd. 2.40 Olympia-Misch. Pfd. 3.40
Haushalt-Misch. „ 2.60 Globus-Misch. „ 3.80
Sonder-Misch. „ 3.00 Residenz-Misch. „ 4.20
Spezial-Mischung m. 20% Bohnenkaffee 0.67 40% 1.10

Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

Besonders empfehlenswerter Tisch- u. Tafelwein
1922 Chd. La Grolet sehr süß. Bordeaux } 1.50
1926 Liebfraumilch (blau Kapself. Liebl., mild }
1926 Brauneberger Falkenberg pikant }
1920 Beaujolais Superieur schön }
Kräuterlikör 28 Vol.-Prozent 3.20

Vom Faß zu Extra-Preisen, per Liter:

Johannisbeerwein extraktarme Qualität 0.90
Tarragona u. Span. Tafelrotwein 1.25
Feiner Muskateller u. Malaga 1.60
Douro Portwein kräftig, edel 2.25
Deutsd. Weinbrand, Jamaika-Rum-Verschn. 4.00

Obst u. Gemüse

Erdäpfel . . . Pfund 20 Pf.
Mandarinen Pfund 30 Pf.
Zitronen . . Duzend 45 Pf.
Ananas frische, Pfd. 55 Pf.
Apfelsinen Duizend 48, 68, 98 Pf.
Blutorangen 78, 98 Pf.
Bananen Pfund 38 Pf.

Kalif. Tafeläpfel

Pfund 42 Pf. 48 Pf.
Kiste ca. 45 Pfd. brutto, von 15 an

Krimäpfel 3 Pfd. u. Amerikaner 95 Pf.

Weißkohl . . . Pfund 9 Pf.
Wirsingkohl Pfund 9 Pf.
Rote Rüben Pfund 9 Pf.
Rohkohl . . . Pfund 10 Pf.
Möhren gewaschen Pfund 14 Pf.
Zwiebeln . . . Pfund 14 Pf.
Sellerie Pfund 24 Pf.

Räucherwaren

Fettbäcklinge 23 u. 32 Pf.
Originalkäse, ca. 5 Pfd. 1.15
Sprollen Pfund 42 Kistchen 44 Pf.
Kieler Bücklinge 48 Pf.
Seelachs 1 Stück, Pfd. 48 Pf.
Spickäole mittelgroß, Pfd. 2.70 Bund 38 Pf.

Tee

eigene Mischungen 1/2 Pfd.
Ceylon II 1.25
Indien 1.55
China 1.70
Ceylon 1.85
Darjeeling 2.00

Wurstwaren

Hann. Rotwurst Pfd. 1.00
Dampfwurst Pfund 1.00
Hann. Sülzwurst Pfd. 1.10
Leberwurst Pfund 1.20
Mettwurst Braunschw. Art, Pfund 1.45
Jagdwurst . . . Pfund 1.45
Schinkenpolnische 1.55
Filetwurst . . . Pfund 1.55
Zervelatw. holstein. Pfund 1.75
Salamiwurst holstein. Pfund 1.75
Leberwurst weine, Pfd. 1.80
Pökelfleisch gekocht 1.80
Specktenn 1.20 mager Pfd. 1.40
Schinkenspeck Pfd. 1.75
Berl. Mettwurst Pfd. 1.20
Teewurst . . . Pfund 1.70
Bierwurst . . . Pfund 1.70

Käse u. Fette

Camembert vollfett, große Schachtel 27 Pf. große Schachtel 6 Portionen 78 Pf.
Limburger Allg. halbfett, Pfd. 38, 55 Pf. vollfett . . . Pfd. 1.05
Holländer halbfett Pfd. 75 Pf. vollfett . . . Pfd. 1.05
Edamer halbfett Pfd. 75 Pf. vollfett . . . Pfd. 1.05
Steinbuscher halbfett 92 Pf. Tilsiter vollfett I Pfund 1.35
Schweizer dän., dreiviertelvollfett Pfd. 95 Pf. bayr., vollfett Pfund von 1.35

Blockkäse, halbfett, ohne Rinde

Tilsiter Art Pfund 88 Pf. Schweizer Art Pfund 98 Pf.

Talg . . 1-Pfund-Paket 50 Pf. Beste Qualität:
Margarine Pfd. 52, 58 Pf. Tafelbutter Pfund 2.04
Kokosfett Pfd.-Talg 62 Pf. Dänische Butter Pfd. 2.20

Konserven

1/2 Dose 1/2 Dose 1/2 Dose
Jg. Bred- u. Schnittbohnen 60 Sorte L 78 Pf.
Gemüse-Erbsen 50 Pf. mittelgroß 78 Pf.
Junge Erbsen 1.25
Haushalt-Gemüse mit fischen Erbsen 75 Pf.
Junge Erbsen mit geschnit. Karotten 78 Pf.
Leipziger Allerlei 90 Pf.
Gemischt. Gemüse mittelgroß 1.12
Bruderspargel extra stark 3.00
Slangensparg. stark 3.00
Spinal 43 Pf.
Kohlrabi 55 Pf.
Sellerie 96 Pf.
Rosenkohl 1.15
Pflaumen 65 Pf.
Apfelsmus 70 Pf.
Birnen 1/2 Pfund 1.05
Ananas Hawaii
Würsichen 4 bis 6 Paar 1.45 5-10 Paar 2.90
Olssardinen portuz. Krabbe 42 Pf.
Bismorkhering 83 Pf.
Rollmops 1 Ltr. 88 Pf.

Frisches Fleisch

Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.75
Querrippe Pfd. 0.75 Gulasch Pfd. 0.85
Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knod. 1.00
Schmorfleisch ohne Knochen . . Pfund 1.25
Kalbskamm u. Brust . . . Pfund 0.75
Kalbsnierenbraten Pfund 0.85
Kalbskeule ganz und gefüllt . . Pfund 0.95
Gehacktes Pfd. 0.75 Linsen Pfund 0.70
Schweinerücken mit Beilage, Pfund 1.03
Schweinekamm u. Blatt, ml Big., Pfd. 1.10
Schweineschinken Pfund 1.15
Hammel-Vorderfleisch . . . Pfund 0.98
Käbler, Speer u. Kamm . . . Pfund 1.25
Ausgelassener Talg Pfd. 0.60

Rinderzungen frische . . . Pfund 1.10
Kalbsschnitzel Pfund 2.10

Prima Gefrierfleisch

Suppenfleisch Pfund 0.68
Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.75
Kuh-Euter Pfd. 0.25 Kerzen Pfd. 0.55

Fische

Dorsche Pfd. 0.17 ohne Kopf, Pfd. 0.20
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0.22 0.28
Bratschollen Pfund 0.27 0.35
Goldbars ohne Kopf Pfund 0.25
Schellfische mittelgroße Pfund 0.32
Kabeljaufilet Pfund 0.45
Aalquappen frische Pfund 0.48
Frische Barse Pfund 0.55
Grüne Heringe schwedische u. norwegische 5 Pfd. 0.75 0.85

Geflügel u. Wild

Gänse geiroren Pfund von 0.82 an
Puten feine, geirorone . . . Pfund von 0.95 an
Suppenhühner Pfund von 0.95 an
Wolgahühner Pfund von 1.15 an
Fette Enten geiroren Pfund von 1.20 an
Wildenten u. Fasanen Stück 2.95 an
Hirschblätter Pfund 0.95
Wildschweinblätter Pfund 0.95
Hasen gestreift u. ausgeworfen, Pfund 0.98 an

Bruder und Freund erschossen.

Die furchtbare Tat eines Ahtzehnjährigen in Berlin W.

Im Westen Berlins, in der Passauer Str. 4, spielte sich gestern Abend eine furchtbare Tragödie ab, die in ihren Zusammenhängen noch ganz ungeklärt erscheint. Der 18jährige Manasse Friedländer erschoss nach einem vorangegangenen Streit in der Wohnung seiner Eltern seinen 17-jährigen Bruder Waldemar, der das Wilmersdorfer Gymnasium besucht, und tötete unmittelbar darauf dessen Freund, den 17 Jahre alten Laboranten Tibor Földes aus der Kürsberger Str. 1 durch zwei Schüsse. Der Täter stellte sich selbst der Kriminalpolizei; er wurde ins Polizeipräsidium eingeliefert. Die Schreckensstat, die in der ganzen Gegend großes Aufsehen erregte, soll sich nach den bisherigen Ermittlungen folgendermaßen abgespielt haben:

Die Mutter des Täters, Rosa Friedländer, ist im Hause Passauer Straße 4 Inhaberin eines Modefalons; im zweiten Stockwerk des Gartenhauses befindet sich die Wohnung der Familie. Gestern nachmittag wollte der 17jährige Waldemar Friedländer mit einem früheren Schulfreunde, der zurzeit in einem Laboratorium lernt, dem 17jährigen Tibor Földes, allein in der Wohnung. Die jungen Leute unterhielten sich und vertrieben sich zwischenzeitlich die Zeit mit Kartenspielen. Gegen 17 Uhr erschien der 18jährige Bruder Manasse, der zurzeit stellunglos ist, in der Wohnung und unterhielt sich mit den beiden Freunden. Wegen einer ganz geringfügigen Ursache entstand zwischen den Brüdern Streit, der den unerwartet schrecklichen Ausgang nehmen sollte. Manasse warf in einem Wutanfall den Rotenländer um, so daß Roten und Bücher auf dem Fußboden fielen. Als sich Manasse auf die Unterstützung des jüngeren Bruders weigerte, die Roten wieder an Ort und Stelle zu legen, kam es zu einem Wortwechsel, aus dem sich eine Prügelei entwickelte. Wütend eilte Manasse ins Nebenzimmer, holte eine Mehrschadepistole und schob vor den Augen des danebenstehenden Freundes, der die furchtbare Tat nicht mehr verhindern konnte, den Bruder nieder. Bei dem Versuch, dem Revolverbeiden, der sich wie ein Rasender gebärdete, die Waffe zu entreißen, wurde auch der junge Földes von zwei Kugeln getroffen und tödlich verletzt. Der Tumult und die Detonation der Schüsse waren von den Hausbewohnern nicht unbemerkt geblieben. Sofort nach dem furchtbaren Geschehen ließ Manasse aus der Wohnung und stellte sich der Polizei. Auf die Selbstbezichtigung des Täters eilten sofort mehrere Beamte nach der Passauer Straße 4. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick: Waldemar Friedländer und sein 17jähriger Freund Tibor Földes lagen in großen Blutlachen auf dem Fußboden. In einer Ecke des Zimmers wurde die Waffe gefunden, aus der die tödlichen Schüsse abgefeuert worden waren. Während Waldemar Friedländer bereits tot war, stellte der Arzt der nächsten Rettungsstelle, der zu Hilfe gerufen worden war, bei Földes noch schwache Lebenszeichen fest. Er wurde in das Wilmersdorfer Krankenhaus gebracht, wo er jedoch kurz nach seiner Einlieferung an den Folgen der schweren Schußverletzungen gestorben ist. Tibor Földes ist der einzige Sohn seiner Eltern. Die Kriminalpolizei ist damit beschäftigt, die Aussagen des Verhafteten, der bis jetzt keine genügende Erklärung seiner Tat zu geben vermag, eingehend zu prüfen.

Hinterrücks erschossen?

Wie sich die Einzelheiten des Kampfes abgespielt haben, läßt sich mit Gewißheit nicht sagen. Der Mörder behauptet, er hätte in der Notwehr gehandelt. Seine Darstellung ist aber sehr unwahrscheinlich, zumal er keine Spuren eines Kampfes an seinem Körper trägt. Vielmehr scheint es, als ob er beide Hinterrücks erschossen hat. Waldemar lag, als die Polizeibeamten die Wohnung

öffneten, in der Nähe der Tür. Er hatte einen Schuß von hinten in den Kopf bekommen, der ihn sofort getötet hat. Allen Anschein nach wollte er flüchten. Der Freund Tibor lag im Schlafzimmer und hatte einen Schuß in die Stirn. Manasse benahm sich bei der Polizei vollkommen kassbütig und schilderte die Tat so überlegt, als ob er in der Zwischenzeit sich die Einzelheiten genau zurechtgelegt hat. Er war in einem Laboratorium beschäftigt, wurde dort aber entlassen. Er arbeitete dann für einen Illustrationsverlag und wollte das Verbrechertreiben in der Rungstraße und am Schlesischen Bahnhof studieren. Zu diesem Zweck hat er sich einen Revolver angeschafft. Tibor Földes ist der Sohn des bekannten Schriftstellers Földes, der den populärsten Roman „Golf“ geschrieben hat. Die Belegen wurden von der Polizei beschlagnahmt und ins Reichsausschauhaus gebracht. Am dem Tatort wird morgen ein Totaktermin abgehalten werden, um die Einzelheiten genauer zu klären.

Wie wir weiter erfahren, stammt das Ehepaar Friedländer aus Rußland. Die Leute waren früher lange Zeit in Petersburg anständig und machten vor etwa 7 bis 8 Jahren ins Ausland flüchten. In der Passauer Straße eröffneten sie einen Modefalon, der zuerst sehr schlecht ging und einige Zeit geschlossen werden mußte. Nach der Wiedereröffnung des Geschäfts, das unter der Bezeichnung Modefalon Rosa Friedländer firmierte, ging es dem Laden finanziell etwas besser. Die beiden Kinder, der 18jährige Manasse und der 17jährige Waldemar, standen schon seit längerer Zeit miteinander auf gespanntem Fuße.

Der Verlauf der Grippe.

90 Todesfälle.

Das Hauptgesundheitsamt teilt mit: In die Berliner Krankenhäuser wurden am 23. Januar 1929 insgesamt 186 Grippefranke eingeliefert. Von diesen hatten 39 Lungenentzündung. Die Grippefrankmeldungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin am 23. Januar 1929 beliefen sich mit 1411 um die Durchschnittszahl der letzten Tage. Der Einfluß eines Teiles der vorgehenden Kezernen in Krankenhäusern hatte zur Folge gehabt, daß in den letzten Tagen alle angemeldeten Grippefranken in die Krankenhäuser aufgenommen werden konnten. Seit Einsetzen der zahlreichsten Grippeerkrankungen sind jetzt etwa vier Wochen vergangen. Die folgenden Zahlen betreffen darüber, in welchem Umfang die städtischen Krankenhäuser Grippefranke aufgenommen haben. In der Zeit vom 15. Dezember 1928 bis 10. Januar 1929 kamen 1785 Erkrankte in Krankenhausbehandlung, 319 von ihnen mit Lungenentzündung, vom 11. bis 15. Januar wurden 649 Kranke eingeliefert, darunter 147 mit Lungenentzündung, vom 16. bis 20. Januar 629, davon 154 mit Lungenentzündung; 90 Todesfälle an Grippe und Lungenentzündung wurden in der Zeit vom 15. Dezember 1928 bis 10. Januar 1929 gemeldet. Vom 11. bis 15. Januar 36 und vom 16. bis 20. Januar 50.

Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin!

Heute Freitag, 19^{1/2} Uhr, im neuen Vortragssaal des Parteivorstandes, Lindenstraße 3, 2 Hof, 2 Tr. links: Zusammenkunft sämtl. Mitglieder der Kreisbildungsausschüsse Vortrag des Genossen Alexander Stein über: „Die Praxis der sozialistischen Bildungsarbeit“. Die sozialistischen Dezernenten der Volksbildungsämter und die sozialistischen Bürgermeister sind ebenfalls eingeladen. Der Film „Freie Fahrt“ wird gezeigt.

Der Redlicher Soldatenmord.

Eine Partie Skat nach der Tat.

Im weiteren Verlauf des Soldatenmordprozesses vor dem Potsdamer Schwurgericht blieb der Angeklagte, der frühere Obergefreite Dumberth, dabei, daß er seinen Kameraden Geisler in sinnloser Wut erschlagen habe. Vier Tage nach dem Mord begab sich der Angeklagte in die Wohnung des Oberleutnants Lemm nach Fahrland und machte den Beamten darauf aufmerksam, daß der Mörder eventuell in Fahrland zu suchen sei. Der Staatsförster Bürger aus Neufahrland war einer der ersten, der die Belege gefunden hat. Als er im Bodehaus den Angeklagten fragte: „Bemühen Sie nicht Ihren Kameraden?“, erhielt er als Antwort: „Den habe ich seit gestern nicht mehr gesehen, er wird wohl in der Kaserne sein. Am Abend nach der Tat spielte Dumberth einen Skat in der Badstube. Die Sachverständigen betunden, daß die Schädelverletzung eine der furchtbarsten gewesen sei, die sie gesehen. Der Schöffe stellte einen einzigen Tränmenhaufen dar und die Rekonstruktion war äußerst schwierig. Als der Potsdamer Gerichtsort Dr. Geisler den präparierten Schädel hochhebt, blüht der Angeklagte zur Erde. Morgen vormittag begibt sich das Gericht in Postautomobilen zum Tatort nach dem Redlicher Wald, wo die Tat von dem Angeklagten noch einmal demonstriert werden soll.

Die verschwundenen Frauen.

Alle Nachforschungen ergebnislos.

Die Berliner Kriminalpolizei forscht noch immer vergeblich nach dem Verbleib jener unglücklichen Frauen, die vor einigen Wochen plötzlich und spurlos verschwanden. Es handelt sich zunächst um die 30 Jahre alte Frau Elisabeth Laster, die aus Breslau stammt, jedoch amerikanische Staatsbürgerin ist. Frau Laster ist hochgradig nervenkrank; sie kam mit ihrem Manne von Buenos Aires nach Berlin und begab sich hier am 10. Dezember n. J. in das Sanatorium „Hubertus“ in Schlagsiefen. Zwei Tage später besuchte ihr Mann sie in der Anstalt und fuhr dann nach Amerika zurück. Am 11. Januar erschien Frau Laster nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr im Bureau des Sanatoriums und sagte, daß sie in Roabit wohnende Verwandte besuchen wollte und entweder nach am selben Abend oder am nächsten Tage zurückkehren werde. Man dachte an nichts Arges, weil sie ihr ganzes Gepäc, auch ihren amerikanischen Paß und ihr Geld zurücließ. Die Frau kehrte aber weder zurück noch ließ sie etwas von sich hören. Jetzt vermutete man, daß sie nach Breslau oder Hamburg gefahren sei, weil sie auch in diesen beiden Städten Verwandte hat. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei ist sie dort aber ebenso wenig gewesen wie in Roabit. Irgendeine Spur ist bisher nicht gefunden. Die Vermisste ist 1,58 Meter groß, hat volle Figur, dunklen Wulstkopf und brünettes Gesicht, zwintert nerods mit den Augen und trug hellgraue Wastemütze, schwarzen Mantel mit Stantstrogen und -manschetten, dunkelblaues Kleid, schwarze Schuhe und Ueberstühle und einen Spazierstock.

Auch Frau Bessy Thoman, ebenfalls eine Amerikanerin, die Ehefrau eines Großkaufmanns aus Dahlem, ist noch immer nicht gefunden. Alle Nachforschungen nach ihr sind vollständig ergebnislos geblieben.

Flammentod einer Greisin.

Im Hause Fischerstraße 20 am Mühlendamm ereignete sich gestern ein schweres Brandunglück. Die 70jährige Witwe Karoline Scherge erlitt in ihrer Wohnung einen Ohnmachtsanfall und rief dabei einen unter Feuer stehenden eisernen Ofen um. Die Kleider der Greisin zingen Feuer und sie erlitt an ganzen Körper schwere Brandwunden. Als Hausbewohner zu Hilfe eilten, war die alte Frau ihren Verletzungen bereits erlegen. Das Feuer, das den Fußboden und Möbel erfaßt hatte, konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostak

„Ja, ja, gewiß, aber es wird auch wiederkommen...“ Eigentlich komisch, sich vorzustellen, daß die Schmerzen so herumkriechen im Gehirn, einmal hier und einmal dort sind, ein — nun eben wie ein Tier — wie ein Wurm etwa oder ein Käfer, wie ein Käfer noch eher, weil es so kriecht. Der Vergleich trifft schon am besten. — Sagen Sie: wann wird meine Frau zurück sein?“

„Ich kann es nicht sagen, Hoheit. Je nachdem, wann der Fuchs gefangen wird.“

„Sagen Sie ihr bitte, auch den Kersten, daß ich niemanden mehr sprechen will, niemanden. Kersten liegt mir immerzu wegen der Vertretung für den Justizminister in den Ohren. Und wenn geredet wird, dann läuft der Schmerz immer noch schneller herum.“

„Sehr wohl, Hoheit. Ich darf mich wohl empfehlen.“

„Rein Kugelgen, Sie nicht...“ Sie sind da nicht gemeint... Sie sind ein sehr leiser Mensch, lieben auch nicht so wilde Dinge wie Fuchsjagen, und Sie lassen mich ja auch in Ruhe. Aber die andern — was wollen sie immer von mir...“

Kugelgen fühlte mitleidig, daß er ablenken mußte. „Bleib-leicht darf ich an dem Porträt Eurer Hoheit weiter malen, das ich begonnen habe?“

„Ja, Kugelgen, tun Sie das!“

„Ich danke Eurer Hoheit. Darf ich meine Maßgeräte holen?“

Er ging, froh, etwas Alexander Carl Benehmes und zugleich einen Vorwand gefunden zu haben, sich für kurze Zeit zu verabschieden: der Kapellmeister Wagner erwartete ihn wahrscheinlich schon lange.

Richtig sah der kleine Mann im Vorzimmer des Kammerherrn, bleich und nerods: „Darf ich mich nach dem

Befinden Seiner Durchlaucht erkundigen?“ fragte er gewürzt.

„Es war nichts vor Bedeutung. Seine Durchlaucht sind vollkommen wiederhergestellt.“ Kugelgen beschloß, die bittere Bille lieber ohne Zeißolter zu verabreichen.

„Ich möchte Ihrer Art zu dirigieren nicht zu nahe treten, Herr Kapellmeister. Aber sie hat leider Seiner Durchlaucht nicht gefallen.“

Obgleich Wagner nichts anderes erwartet hatte, sank er etwas in sich zusammen; der Kopf wirkte jetzt noch größer und merkwürdiger.

Kugelgen rührte diese sichtbare Enttäuschung. „Am Vertrauen darf ich Ihnen sagen, daß ich persönlich mit Ihrer Leistung vollauf zufrieden war.“ Er lag, Wagners pathetische Art lag dem verhaltenen, im letzten Grunde sehr simplen Kugelgen nicht.

„Und Herr Baron könnten gar nichts für mich tun?“

„Leider nein. Seine Durchlaucht haben sich entschlossen, die vakante Stelle anders zu besetzen.“

Wagner stand auf. „Ich hoffe...“ fuhr der Kammerherr fort, „Sie lassen sich durch diesen Fehlschlag nicht entmutigen. Es gibt größere Wirkungslätten als Bernburg.“

„Gewiß. Ich danke Ihnen, Herr Baron. Aber wer weiß, ob man anderswo nicht auch bei meinem Anblick in Ohnmacht fällt.“ Die kräftige Stimme war heiser von Bitterkeit.

Kugelgen fühlte plötzlich die Pflicht, hier offen zu sein, zu dem Rusler zu sprechen aus der Gemeinamkeit ihres Künstleriums heraus — auch dem Maler waren Enttäuschungen nicht fremd.

„Bitte, legen Sie sich noch einen Augenblick, Herr Wagner. Wenn Sie mir versprechen, die Aufklärung, die ich Ihnen geben will, streng vertraulich zu behandeln —“

Wagner nickte stumm.

„Sie werden erfahren haben, daß der Gesundheitszustand Seiner Durchlaucht schon seit längerer Zeit recht sehr zu wünschen übrig läßt. Obgleich das Nerdenleiden nach übereinstimmender Ansicht der Aerzte sich bald beheben dürfte, ist der hohe Herr natürlich im Augenblick von einer starken krankhaften Reizbarkeit gegen allerlei Eindrücke, besonders optischer Art.“

„Sehr wohl. Ich verstehe.“

„Das Verhalten Seiner Durchlaucht läßt sich nun nur erklären aus einem zufälligen Erlebnis, das der Herzog am

Tage zuvor gehabt hatte, und dessen Zeuge ich war. Vom Fenster des Superintendenten Krummacher aus sah ich den herzoglichen offenen Wagen über den Kirchplatz fahren, als der Kutscher die Pferde plötzlich mit voller Gewalt zurückreißen mußte. Um ein Haar wäre nämlich ein Jude, der in der Mitte des Platzes stand und wohl das Herannahen des Wagens überhört hatte, überfahren worden. Auch als die Pferde zurückgerissen waren, blieb der Mann, anscheinend vom Schreck gefesselt, stehen und starrte Durchlaucht an. Er hatte starke, buschige Augenbrauen und düstere Augen, trug einen wirren Bart und war stark verwachsen, mit zu langen Armen und zu kurzen Beinen — trotzdem muß ich sagen, daß seine Erscheinung auf uns, die wir am Fenster standen, nur grotesk, ja sogar komisch wirkte; aber Durchlaucht's trankte Nerven hatte wohl der Schreck angegriffen, die Erscheinung berührte ihn unheimlich und er ertlitt einen Nervenschock.“

Kugelgen nahm sich im stillen vor, diese Schilderung seinen Erinnerungen einzuverleiben, und lächelte dann herzlich.

„Ich kann Sie versichern, Herr Wagner, daß Sie diesem Mann nicht im entferntesten ähnlich sehen, so wenig wie ich Ihnen.“ Kugelgen lag wieder; der große Kopf, der kurze Körper — das glich sich schon. „Trotzdem scheinen Durchlaucht durch Ihr plötzliches Auftauchen in der Loge an jenen Vorfall erinnert worden zu sein, vielleicht trug auch die unklare Beleuchtung zu seiner Sinnestäuschung bei — jedenfalls geschah, was Sie ja erlebten.“

Auch Wagner mußte nun lächeln.

„Ich habe Ihnen das erzählt.“ schloß Kugelgen, „damit Sie wissen, daß nur ein lächerliches Zusammentreffen winzigster und bedeutungslofter Umstände, wie es ja leider so oft ist, an Ihrem Mißerfolg die Schuld trägt — und nicht Ihre Kunst. Dies Wissen um die Seichtigkeit des Schicksals wird Sie davor bewahren können, an Ihrer Kunst zu zweifeln. Der „schiefe Calm“, wie die guten Bernburger den jüdischen Lohgerber nennen, dürfte keine Abnung haben, was er da angerichtet hat. Also: Kopf hoch, Herr Wagner!“

Der „schiefe Calm“ — Wagner entann sich, daß schon während der Aufführung im Parkett von ihm die Rede gewesen war. Er dankte sehr herzlich und ging, indes Kugelgen seine Maßgeräte zusammenpackte und nach einem Diener klingelte, der Staffelei und Leinwand tragen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Neues im alten Stadtbild.

Im Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin sprach Ministerdirektor Riebling über „Neue Baugedanken im alten Danzig“, die durch Lichtbilder besonders anschaulich gemacht wurden. Nach einem kurzen Ausblick auf die schwierige politische Lage Danzigs ging der Vortragende auf die Landesplanung der Gegenwart ein. Als Beispiel für die Bautätigkeit Danzigs in den letzten Jahren führte er einen neu entstandenen Stadteil an.

Der Vortragende erhielt vor zwei Jahren den Auftrag, die Geltung des staatlichen und städtischen Hochbaues in Danzig und des Städtebaues zu übernehmen. Gleichzeitig war er staatlicher Denkmalspfleger und geriet auf diese Weise mitten in den Streit des Alten mit dem Neuen. Nach einem kurzen Ausblick auf die schwierige politische Lage Danzigs ging der Vortragende auf die Landesplanung des gesamten Gebiets und auf die Zukunft von Olsa ein, das einer der schönsten Kurorte der Welt zu werden verspricht, wenn dort nicht städtebauliche Fehler, die man in Zoppot gemacht hat, wiederholt werden. Als Beispiel für die Bautätigkeit Danzigs in den letzten Jahren führte er einen neu entstandenen Stadteil an, zu dessen Abrundung er während seiner Tätigkeit in Danzig wesentlich beigetragen hatte. Der Gegensatz des Alten zum Neuen legt schon hier ein. Es ist zwar zu verstehen, daß der mit haushälterischer Gelehrsamkeit besetzte und sich in die vergangenen Bauformen verlebende Architekt dem Zauber einer Stadt wie Danzig besonders zum Opfer fällt. Aber wer die Fühlung mit der Gegenwart nicht verloren hat, dem sollte gerade ein altes Wunderwerk wie Danzig offenbaren, wie hoffnungslos es ist, ihr Anklage, ihre mesianische Schönheit und womöglich ihre Kunzeln in unserer Zeit nachzuahmen. In der Rhythmus der alten Danziger Straßen in der Aufweitung ihrer langen, schmalen Fassaden beruhe, die wir heute für feinerer Zwecke mehr gebrauchen können, so komme es hier zum wirklichen Konflikt mit unserer Zeit. Das Gebelien Danzigs ist nicht vom Schicksal seiner Altstadt zu trennen. Seiner Lage und seiner wirtschaftlichen Konstruktion nach bleibt der alte Kern auch die Lebenszelle der Stadt. Er kann nicht umgangen werden, um aus der Reihenfolge Langgasse, Langenmarkt und Langgarten, diese Via triumphalis, wie sie der Historiker rühmend nennt, ein Freilichtmuseum und eine Straße für Schöpfwerke zu machen. Aber wir sollen bei alledem nicht vergessen, daß gerade unsere Zeit für die museumsartige Erhaltung alter Dinge sehr viel mehr übrig hat als frühere Epochen, und daß ein Teil des wirtschaftlichen Interesses Danzigs auch in seiner Eigenschaft als weltberühmte Sehenswürdigkeit liegt. Eine große Anzahl schöner, alter Straßenbilder liegt abseits vom Strome der Zeit und könnte ungestrört erhalten werden, wenn es nicht Danzig an den finanziellen Mitteln zu einer solchen Denkmalspflege großen Stills fehlt. Der Redner stellte es als eine nationale Angelegenheit Deutschlands hin und als eines nationalen Opfers wert, wenn das Mutterland an der Sorge um ein deutsches Stadtbild in verbanntem Gebiet teilnehme und sich zum Beispiel zum Bauen des Langen Marktes oder der Frauengasse machte.

Internationaler Variétéverband.

Bei Kroll am Platz der Republik hielten die Mitglieder des Internationalen Variétéverbandes ihre Generalversammlung ab. Da es sich diesmal um eine Jubiläumstagung handelt — der Verband feiert in diesem Jahre sein zwanzigjähriges Bestehen —, waren nicht nur die Berliner, sondern auch eine große Zahl auswärtiger Variétédirektoren erschienen. Direktor Fedner, der Vorsitzende des Bezirks Berlin, begrüßte die Anwesenden, Johann eröffnete Direktor Warg die Sitzung. Auf der Tagesordnung standen die Themen Luftfahrtssteuer, Postzeitung und Gewerbeordnung zur Erörterung und die Referenten Direktor Wilos, die Landtagsabgeordneten Karl Perle und Jacob Wollath, Berlin, erstatteten zu diesen Fragen eingehenden Bericht; Direktor Wilos konnte an Hand eines reichen Materials aus der Praxis seinen Vortrag besonders wirkungsvoll gestalten. Regierungsrat Dr. Krause von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung sprach zum Schluß über das aktuelle Thema der Aufhebung der gewerbsmäßigen Aristenagenturen. Bekanntlich erlitt im Jahre 1930 laut Reichsgesetz die Konzeption der gewerbsmäßigen Stellenvermittler und man plant die Schaffung eines partiellen Engagementsnachweises, der in der „Enja“ (Engagementsnachweis für Artisten) ja bereits seinen Vorläufer gefunden hat. In diesem Punkte geht man aber noch nicht einig, da die Direktoren für das Fortbestehen der Agenturen plädieren und man befürchtet, daß dann an Stelle der verschwindenden deutschen Agenten ausländische Vermittler hier in Deutschland ihr Arbeitsgebiet erweitern würden. Anlässlich der Jubiläumstagung erschien eine 400 Seiten starke Jubiläumsumnummer der Verbandszeitschrift „Das Organ“ mit einer Reihe Zuschriften prominenter Persönlichkeiten, unter anderem eines persönlichen Zitates des Oberbürgermeisters, den ewigen Zantappel „Luftfahrtssteuer“ im Interesse einer gemeinsamen Fremdenwerbung künftig auszuschalten.

Bildhauer Wendt gestorben.

Eine Feier, die zu Ehren des hiebigjährigen Meisters Franz Lippich bei Lutter u. Wegner veranstaltet wurde, fand um die Mitternachtsstunde einen tragischen Abschluß: Als die Festteilnehmer gerade mit einem Ehrenzug für den Jubilar beginnen wollten, brach der Bildhauer Ernst Wendt, der wenige Minuten zuvor in einer Festschrift von dem „tragischen Weg, der zum Tode führt“, gesprochen hatte, ohnmächtig zusammen und verschied, ohne zu erwidern, am Herzschlag. Wendt ist in Berlin vor allem als Schöpfer des Brunnen mit dem Gedächtnis auf dem Pappelpark, des Torres am Nikolafriedhof und der Bronzestatue in der Nationalgalerie bekannt. Lippichs bedeutendstes Werk nennt sich „Höher Lob“.

Tisch in Friedenau.

Das ehemalige Garagengrundstück der Firma Karl A. Klein in Friedenau, Hauptstr. 81/82, gegenüber dem Rathaus Friedenau, das sich später im Eigentum des Autohändlers und Redaktors Viktor Schuppe befand, ist von der Firma Hermann Tisch zum Zwecke der Errichtung eines großzügigen, modernen Warenhauses erworben worden. Schon vorher erwarb Hermann Tisch die angrenzenden Grundstücke in der Freege- und Hedwigstr. und hat später noch das große Frontgrundstück Hauptstr. 80 erworben, so daß die Gesamtumschließung der im Besitz der Firma Hermann Tisch vereinigten Grundstücke mehr als 6000 Quadratmeter umfaßt, bei einer Front allein in der Hauptstr. von etwa 130 Metern. Da in dem Hauptgrundstück nur gewerbliche Räume vorhanden sind, die bereits fast sämtlich geräumt sind, ist mit einem hohen Bautermin zu rechnen. Die Bauleitung wird in den Händen des eigenen Baubüros liegen, die schon fertiggestellten Baupläne sind von dem bekannten Architekten Johann Emil Schaudt entworfen.

Fünf Deutschland — Siam.

In diesen Tagen wurde von der Transradio A. G. eine unmittelbare Funkverbindung zwischen Deutschland und Siam eröffnet und dem allgemeinen öffentlichen Verkehr übergeben. Auf dieser Verbindung werden gewöhnliche, dringende, zurückgestellte (R.C.) und Pressetelegramme befördert. Die Wortgebühr für gewöhnliche Telegramme beträgt 2,05 Mark, für Pressetelegramme 85 Pfennig. Der kostenlose Leitungsvermerk lautet: „via Transradio“.

Berlins erfolgreiche Arbeit.

Sozialdemokratie führt — und wird Führerin bleiben.

Deutschnationale und Kommunisten der Berliner Stadtverordnetenversammlung weiserten in Angriffen gegen die Stadtverwaltung. Sie zeigten sich in einer „Opposition“, durch die sie bisher nur die nach dem Zusammenbruch von 1918 notwendig gewordene Wiederaufbauarbeit erschwert haben. Gestern sagte ihnen unser Genosse Dr. Lohmann, was sie verdienen. Er eröffnete die Beratung des Stadthaushaltsplans für 1929 mit einer großen Rede, in der er den Erfolg der Berliner Kommunalpolitik der hinter uns liegenden Zeit feststellte. Für die Sozialdemokratie, die stärkste Partei des Hauses, nahm er in Anspruch, daß sie diese Kommunalpolitik richtunggebend beeinflusst hat. Ihr ist es zu danken, daß trotz aller Quertreibereien der deutschnational-kommunistischen Bundesbrüder die Wiederaufbauarbeit vorwärts schritt. Nur Unwissenheit oder Böswilligkeit, sagte Lohmann, angeht diese Erfolge noch von „kommunaler Miswirtschaft“ reden. Deutschnationale und Kommunisten ergeben sich in Angriffen und Schmähungen gegen eine Leistung, an der sie keinen Anteil gehabt haben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Genosse Hah eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion bekannt. Sie beschäftigt sich mit dem dieser Tage von den Zeitungen gemeldeten Selbstmord eines Drogistenlehrlings, der nach der Anfrage wegen Mißbrauchs der Hochschule mit Arrest bestraft und dem polizeiliche Vorführung angedroht war. — Dann sprach zum Etat Genosse Dr. Lohmann:

Die kommunale Leistung, die der vorliegende Etat im Gegenstand zu den Etats der letzten Jahre darstellt, bedarf keiner rühmenden Worte, sie spricht für sich selbst. Der geringe Fehlbetrag, der, gemessen am ordentlichen Haushalt nur knapp 2 Prozent ausmacht, kann von jeder Stadtverwaltung verantwortet werden. Das große Loch im Haushaltsplan, das bei dem Ausbleiben eines gerechten Finanzausgleiches vorhanden war, ließ sich nur durch radikale Abdroffelmassnahmen zuspäen. Ein grundsätzliches Wort zum Etatsausstellung überhaupt: Der Kammerer hat für sich in Anspruch genommen, daß er den Haushaltsplan „ohne Betrug“ und „ohne Geheimpolitik“ aufgestellt habe. Das ist ihm durchaus zu glauben, wenn man bei näherem Studium auch erkennt, daß sich — wenn auch vielleicht unbewußt — bei der Schätzung der Einnahmen hier und da Referenzen sich ergeben werden, die später verwendet werden können. Gewiß, ein Haushalt ohne Referenzen ist ein Defizit-Haushalt von vornherein. Aber was im Etat 1928 an Höhererträgen bei den Einnahmen vorgenommen wurde, hat sich als vertretbar und richtig erwiesen. Wenn sich beim vorliegenden Haushaltsplan das gleiche zeigen sollte, so wird die Stadt Berlin schließlich noch eine Reihe von Aufgaben erfüllen können, die zwar nach unserer Meinung notwendig sind, im Voranschlag aber nicht berücksichtigt werden konnten. Genosse Dr. Lohmann bezeichnete es dann als eine ganz außerordentliche Leistung, daß bei einem Einwohnerzuwachs von etwa 2 Prozent eine zwölfpromzentige Steigerung der laufenden Ausgaben hingenommen werden kann. Das zeigt, daß die Politik der Stadt auf jedem Gebiet richtig und weitblickend gewesen ist.

Die innere Kraft der städtischen Verwaltung ist in einem weit höheren Maße gewachsen als ihr äußerliches Wachstum.

Ich darf es für die Entschiedenheit dieses Hoffens und für die sozialdemokratische Partei in Anspruch nehmen, daß sie diese Politik richtunggebend beeinflusst haben und daß wir auf dieses Ergebnis stolz sind. Wir dürfen auch für uns in Anspruch nehmen, daß wir mit der Steigerung der Wohlfahrtsausgaben der Stadt und dem Glauben in der Stadt gesteuert haben, wobei allerdings nicht verkannt werden darf, daß hier die Unterlassungen einer weniger sozial denkenden Vergangenheit gutgemacht werden mußte. Hierbei darf ein offenes Wort über die grundsätzliche Zusammenarbeit der Stadtmehrheit im Berliner Rathaus gesprochen werden. Wir Sozialdemokraten haben niemals einen Hehl daraus gemacht, daß uns in den Fragen der öffentlichen Wohlfahrt wie auch in denen der öffentlichen Wirtschaft Bestrebungen trennen. Wir haben die Gegenläufe nie zu verteidigen versucht, sie sind da, wir haben mit ihnen zu rechnen. Aber wir haben uns stets in der Stadtmehrheit volle Entschlossenheit gesichert. Die Sozialdemokratie darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie auf dieser Grundlage das Bestmögliche für die Massen der künftigen Bevölkerung, die sie zu vertreten hofft, erreicht hat. Es ist allerdings nicht uninteressant, zu sehen, wie von der einen Seite unserer politischen Gegner aus dieser kommunalen Tätigkeit und aus den Etatszahlen „Beichsinn und Verschwendung“, von der anderen Seite „erbärmlich niedrige Leistungen“ festgestellt wurden. Wir Sozialdemokraten glauben allerdings, daß beide Vorwürfe dem politischen Reid über die tatsächlichen Leistungen entspringen. (Widerpruch rechts und links.) Wir wissen, daß Deutschnationale ebenso wie Kommunisten den Boden für ihre demagogische Agitationspolitik verlieren würden, wenn sie

die kommunalpolitischen Leistungen Berlins anerkennen wollten. Eine der schwersten Sorgen bei jeder Haushaltsberatung ist die Notwendigkeit der gerechten Berücksichtigung der Bezirke. Die eigenartige soziale Struktur der einzelnen Bezirke ist bei jeder Schematisierung; wir freuen uns aber, daß durch eine planmäßige Inangriffnahme der einzelnen Projekte die notwendige Berücksichtigung erfolgt ist. Daraus ergeben sich die praktischen Folgerungen aus dem Sinn des Gesetzes über Groß-Berlin.

Zu den vorbeugenden Maßnahmen in der Gesundheitspflege gehört nicht zuletzt die Beschaffung gesunder Wohnräume, kurz die

Bekämpfung der Wohnungsnot.

Das erste zusätzliche Wohnungsbauprogramm beginnt die Stadt aus eigener Kraft durchzuführen. Ein weiteres großes Wohnungsbauprogramm für die nächsten vier Jahre steht in Vorbereitung. Damit rücken wir zum erstenmal der Wohnungsnot tatsächlich zuleide.

Nachdem sich Genosse Dr. Lohmann eingehend mit der Forderung der bürgerlichen Parteien nach stärkerer Beteiligung des privaten Kapitals und der privaten Bauwirtschaft beim Wohnungsbaue auseinandergesetzt hatte, betonte er mit besonderem Nachdruck, daß die Vereinfachung der Verkehrsunternehmungen in der neuen Verkehrs-Aktiengesellschaft eine besonders erfreuliche Entwicklung der kommunalen Arbeit darstelle. Aus dem Neben- und Gegeneinander der verschiedenen Verkehrsbetriebe ist jetzt ein einheitlicher Betrieb geworden, der den Bedürfnissen des Verkehrs in der Reichshauptstadt gerecht werden kann.

Uebergend zu der Kritik des Schulwesens betonte der Redner, daß der Neubau von Schulen Schritt halten müsse mit der Siedlungs-tätigkeit der Stadt. Es darf gefagt werden, daß das trotz der hohen finanziellen Lasten im großen und ganzen gelungen ist. Unsere besondere Aufmerksamkeit werden wir dem Ausbau der Berufsschulen und der Ausdehnung der Berufsschulpflicht zuwenden. Aus der Förderung großstädtischen Schulwesens ergeben sich für den Schulfachmann wie für den Kommunalpolitiker wertvolle Hinweise dafür, was eine fortschrittliche Schulverwaltung in gärender Zeit auch bei größter finanzieller Beschränkung an verlässlicher, aufbauender Arbeit zu leisten vermochte. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das

Kommunalpolitische Prinzip.

zu dem wir Sozialdemokraten uns bekennen, heißt hier wie überall: Vereinfachung der Kräfte, planmäßige Organisation, Schaffung großer leistungsfähiger Gebilde. So wie sich dieser Grundsatz bei der Vereinfachung des Verkehrswesens durchgesetzt hat, so ist er auch anzuwenden bei der Zusammenlegung der anderen städtischen Gesellschaften, besonders bei den Gas- und Elektrizitätswerken. Diejenigen Parteien, die sich diesen Grundsätzen entgegenstemmen wollen, werden einfach überannt werden. Um jedem Mißverständnis zu begegnen, darf ich mit aller Schärfe betonen, daß wir Sozialdemokraten die Einigung kommunaler Wirksamkeit in Berlin auf das entschiedenste bekämpfen, daß wir die Droffelpolitik aller möglichen und unmöglichen Behörden ablehnen, und daß wir die großstädt- und berlin-fremde Einstellung gewisser Instanzen genau so beklagen wie der Kammerer. Um so höher ist die Leistung der Stadtgemeinde zu veranschlagen, die, ganz auf sich selbst gestellt, eingeschränkt durch die wirtschaftlichen Räte der Nachkriegszeit und geheimni durch politische und steuerliche Maßnahmen das alles erreicht. Die Gesundheit der städtischen Finanzwirtschaft zeigte sich in der Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit der Stadt. Die Finanzleute des Auslandes haben das demagogische Geschrei der Rechtsprelle über „verlorenes Schulden-machen“, über „Verschwendung“ und „rote Mißwirtschaft“ für das genommen, was es war und ist. Sie haben als Antwort darauf eine Dollaranleihe in kürzester Frist überzeichnet zu Bedingungen, die einzig dastehend in der Geschichte öffentlicher Anleihen der Nachkriegszeit ist. Der laufende Haushalt balanziert auch im kommenden Jahre

ohne Steuern und ohne Tarifserhöhungen.

Für die Sozialdemokratie ist das eine Vorbedingung ihrer Zustimmung zum Etat überhaupt. Wir treten ein für eine soziale Staffelung der Grundsteuern und für eine richtige Anwendung der Wert-zuwachsteuer. Die Vermehrung der Einnahmen wird sich nur in engen Grenzen halten können, wenn wir keine Erhöhung der Steuern und Tarife wollen. Dementsprechend wird auch eine wesentliche Vermehrung der Ausgaben unmöglich. Wir sind darauf gefagt, daß die kommunistische Partei auch diesmal wieder mit einem Bündel papierener Steuern, mit unrealisierbaren Anträgen und Vor-schlägen kommen wird. Aber den Kommunisten ebenso wie den Deutschnationalen bleibt nichts anderes übrig, weil sie eben die praktische kommunale Arbeit befristen müssen, an der sie keinen Anteil haben. Bestehen bleibt die kommunale Leistung, für die die Sozialdemokratie zu ihrem Teile die Verantwortung zu übernehmen bereit ist. Bestehen bleibt trotz alledem die gewaltige kommunale Leistung des neuen Berlin. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Von den Deutschnationalen sprach Stadtverordneter Dr. Steinger davon, daß seine Gefinnungsfreunde in den vergangenen Jahren mit Sachlichkeit und Freude an der Gestaltung Berlins mitgearbeitet hätten. (Heiterkeit.) Der Etat des Kammerers sei aus der Wahlsphäre heraus geboren und er habe den Grundloß: Um Gotteswillen keine neuen Steuern, keine neuen Gebühren. Der Redner zog für die Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung das Fazit und kam nach den bei ihm bekannten rethorischen Rhythmen zu dem Ergebnis, daß man nun, nach der Zeit des Experimentierens mit der Einheitsgemeinde endlich einmal dazu kommen müßte, „aus Berlin eine vernünftige Stadtverwaltung zu machen“. Im Auslande erwecke es unzweifelhaft den Eindruck besonderer Wohlhabenheit, wenn Berlin seine Fremdenveranstaltungen weiter mache, wenn 2 Millionen für den Ausbau der Freibäder (1) ausgegeben werden. Die vom Reichstret geforderte Ermächtigung zum Bau von Wohnungen (im Wohnungsbauprogramm 1929 bis 1932) nannte Herr Steinger die Errichtung einer Diktatur, die die Deutschnationalen nicht genehmigen könnten, weil — es nicht ihre Diktatur sei, sagte er lächelnd hinzu. — Vor leerem Hause kam dann der Kommunist Lech zum Wort. Der Etat trage das Kennzeichen, die bestehenden, leistungsfähigen Kräfte zu schämen, und alle Lasten den arbeitsenden Schichten aufzupacken. Zum Wohnungsbaue bemerkte Lech, daß die Kommunisten nicht Wohnungsbaue um jeden Preis, sondern Schaffung von Wohnungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte fordern.

Die Debatte wurde dann unterbrochen, um zunächst die zweite Beratung des

Wohnungsbauprogramms 1929 bis 1932

vorzunehmen. Die Beratung wurde nach kurzen Ausführungen je eines deutschnationalen, demokratischen und kommunistischen Redners vertagt. Die Debatte über den Etat geht heute abend um 5 Uhr weiter.

Beiratsbildungsansatz Groß-Berlin. Samstag, den 27. Januar, nach-mittags 1/2 Uhr, im Staatlichen Schiller-Theater: Lutzpeter von Daven-eiter „Ein besserer Herr“. Karten zum Preise von 1,50 Mk. einschließlich Garderobe und Programm in allen belamten Verkaufsstellen.

Bei Hämorrhoiden

Darmreinigung, Ausschlag, Geschwäre, Drüsenkrankung, zur Blutreinigung Stern-Engel-Zee (giftfrei) Ärztlich empfohlen. Zu haben in den Apotheken. Beweismaterial gratis. Fabrik Vegetabilischer Heilmittel, Bad Schandau, S. B.

Funkwinkel.

Der Berliner Rundfunk bringt sie am Abend zwei Stunden Unterhaltungsmusik. Deshalb mußte man also den Hörern zu, an diesem Abend ihre Aufmerksamkeit zwei Stunden lang auf ein religiöses Chormerk zu konzentrieren? Hermann Suters Komposition der franziskanischen Lobgesänge ist fraglos ein wertvolles, im musikalisch-technischen Aufbau sogar ein außerordentlich gelungenes Werk. Die glanzvolle Führung der Stimmen beweist, daß Suter ein Chorkomponist von hohem Rang war. Aber den Funthörern ist mit solchen kunstästhetischen Erwägungen nicht geholfen. Für sie lag die Praxis so aus: sie hörten als Einleitung eine außerordentlich fromme Betrachtung über Franziskus von Affisi, über diesen Bruder der Pflanzen und Tiere, der so leicht in schönsten, einfacher Menschlichkeit zu erklären geeignet wäre. Ein wenig verstimmte durch diese Frömmigkeit der Litanei — die all-sonntäglichen religiösen Morgenseiten bieten übergenug an Erbauung — erlebte man den Beginn des Wertes. Dieser wirkte gewiß nicht unerfreulich. Die schöne Musik wurde von ausgezeichneten Sängern zum Vortrag gebracht. Gefügt wäre das Ganze vielleicht sogar für eine große Schar ein Genuß geworden. So aber dürfte es die meisten gelangweilt und ermüdet haben. — Ueber „Die kleinen Helden des Films“ — die Komparisen — sprach Hermann Köhler. Er betrachtete nicht, mit einer rosenroten Brille die Romantik des Films, sondern er sah und schilderte seine graue Wirklichkeit: den bitteren Kampf der Statisten um ihr tägliches Brot. Für viele von ihnen dürfte das Leben sogar noch dunkler, noch härter sein, als Köhler es darstellte; denn die kleinen Lichtblicke, die er zeigte, treffen ja nur in das Desein weniger Glücklicher. — Dr. Ernstried Rabner, Studienleiter der Humboldt-Hochschule, gab einen Impuls „Die Gegenwart und die Welt der Primitiven“ mit einem sehr anschaulichen volkstümlichen Vortrag über die Entwicklung der Völker in den ersten Kulturstufen. Les.

H. Spolc: Szenen vor Gericht

Will jemand menschliches Leid erkennen, dann lenke er seine Schritte in ein Krankenhaus oder zum Gericht.

Dieser Tage betrat ich unversehrt das Gerichtsgebäude. Ich mußte mich langsam durch die Gänge hindurchdrängen, alle waren voll Menschen. Wo viel Menschen sind, da ist auch viel Verstand. Im Gerichtsgebäude aber vielleicht doppelt soviel als anderswo. Auf diesen Gängen geht es lauter und lebhafter zu als im Senate. Man erfährt auf den Gängen während einer halben Stunde mehr, als man während eines halben Tages erkundigen kann, wenn man einer Verhandlung direkt beiwohnt oder die Gerichtsakten durchstudiert.

Beim Geländer stand ein Mann mittleren Alters, blätterte in Aktenfächern, die er einer Aktentasche entnommen hatte und blühte die Stiegen herunter. Offenbar erwartete er jemanden. An ihm rannten niedergeschmetterte Leute vorüber, aufgeregt, mit glühenden Wangen, gleichgültig dreinblickende Männer mit Talaren, Advokaten, Schreiberinnen, ein Gewirr von Leuten aller Schichten. Wenn du zu sehen vermagst, wird es dir auf den ersten Blick klar, wer hier zum ersten Male bei Gericht ist und wer sich hier wie zu Hause fühlt.

Jener Mann blickt unausgesetzt weiter herunter, irgendwohin ins Varietee. Endlich gibt es ihm einen Ruck, und er lächelt ein wenig vor sich hin. Er blickt auf die Uhr. Es fehlen noch zehn Minuten auf Neun. Da kommt ein anderer Mann mit einer Aktentasche über die Stiegen herauf.

Nachdem sie einander die Hände geschüttelt haben, höre ich, wie der Mann zu dem Angekommenen sagt:

„Es steht schlecht, Herr Doktor!“

„Sind sie nicht erschienen?“

„Doch, doch, Herr Doktor, aber auf einmal haben sie Spandus vor dem Tode!“

„Sie werden doch nicht zu guter Letzt gegen uns zeugen?“

„Das nicht, aber auch nicht für uns. Jetzt sagen sie auf einmal, daß sie sich der Sache nicht mehr klar erinnern können. Das heißt mit anderen Worten, daß sie auslegen wollen, daß sie von nichts wissen.“

„Dann, lieber Freund, kann ich Ihnen allerdings nicht für den Ausgang garantieren, darauf mache ich Sie aufmerksam! Ich habe Ihnen ja schon gesagt, daß der Prozeß weder durch den Kläger, noch durch den Advokaten, sondern nur durch die Zeugen entschieden wird. Und wenn wir keine haben...“

Der Advokat nickt mit den Achseln.

Der Klient macht ein finsternes Gesicht, neigt sein Gesicht an das des Advokaten und flüstert ihm ins Ohr:

„Aber, Herr Doktor, mir ist sehr, sehr daran gelegen, diesen Prozeß zu gewinnen. Könnte man da nicht irgend etwas unternehmen?“

Der Advokat überlegt. Besser gesagt, er gibt sich den Anschein, als ob er überlegen würde.

„Ich werde mit dem Referenten persönlich sprechen. Lassen Sie mich nur machen!“

Und er entfernt sich. Der Klient geht mit ihm und flüstert ihm noch etwas zu. Der Advokat winkt mit der Hand und spricht dann laut:

„Nun, schön, schön, eben darum tu ich es nicht!“

Er verschwindet hinter einer der Türen, auf der eine Visitenkarte Legeflieg ist.

Der Klient tritt zu einer kleinen Gruppe von Menschen und sagt:

„Wißt ihr, wie es euch noch immer nicht überlegt?“

„Das ist eine schwere Geschichte, Herr,“ spricht der älteste Mann langgedehnt, „der Mensch kann nie genug vorsichtig sein, um sich nicht so einen Pologrossen auf den Hals zu legen!“

Nach einer Weile, als es eben neun Uhr geschlagen hat, kehrt der Advokat zu seinem Klienten zurück, und der Schreiber ruft die Parteien herein.

„Wo wie steht die Sache?“ forscht jetzt der Klient.

„Der Herr Rat ist ein sehr objektiver Richter, ich verspreche Ihnen nichts, aber das rate ich Ihnen, ordentlich über die Verhältnisse klagen, überzeugend sprechen, und hoffen wir, daß dann alles gut ausfällt.“

Hinter dem Advokaten, dem Klienten und der gegnerischen Partei fällt die Türe zum Verhandlungssaale beim Einzelrichter ins Schloß.

Der Prozeß dieses Mannes hörte in diesem Augenblicke auf, nach weiter zu interessieren. Ist stieg ein Stockwerk höher hinauf. Da standen in der Reihe Frauen, man vernahm ein leises Weinen und unweit davon irgendeinen Jant.

Chschcheidungen!

Man ist bloß Laté, aber man könnte sofort das Urteil sprechen. Ich schaue mir so die Gruppen an, die man mit einem Blicke übersehen kann.

Beim Fenster steht ein Mann mit einem anderen. Du beobachtest ein klein Weibchen lang und bald bist du in der Lage zu sagen, daß dort jene Frau, die in einem Kreise anderer lebhaft geklatternder Frauen steht, seine Gattin ist, mit der er vor ein paar Jahren wie in einem Paradiese leben wollte, während er aber mit ihr in der furchtbarsten Hölle lebte.

Da fällt dir plötzlich ein, einmal auszuprobieren, mit welchem Blicke du die Menschen zu beobachten vermagst.

Irgendwem Frau hält da eine Rede und die anderen pflüchten ihr bei. Das kann ich aus einer Entfernung von zehn Schritten feststellen.

„Wir werden Sie aus allem herausheulen, fürchten Sie sich nicht und weinen Sie nicht, liebe Frau. Wenigstens weinen Sie doch nicht hier! Da stand' so ein einziges Mannsbild dafür! Alle sind gleich, einer wie der andere! Aber drinnen, vor dem hohen Gerichtshof, da kennen Sie, daß das ganze Gebäude zu wackeln anfängt. So was wirkt bei Gericht!“

„Da hat sie recht, wahrhaftig, so ist's!“ bestätigt jetzt eine zweite Frau.

„Das müßt' ich auch sagen! Ich kenn' mich darin aus! Und das wär' gar schön, wenn unserer so viele sind, daß Sie nicht geschüttelt wären. Das ist unsere heilige Pflicht, uns gegenseitig zu helfen und die armen, unschuldigen Frauen zu rächen, denen man einen Fußtritt verleiht, wenn sie sich abgeschüttelt haben, damit sich dann irgend wo eine Zierdode dann in ihrer Häuslichkeit breitmadet! Ich kenne das! Wie denn auch nicht! Aber, Frauerte, wenn dieser Haderlump in der Klage sagt, daß die junge Frau die Häuslichkeit verließ, ins Kino zu gehn pflegte, sich um nichts kümmerte, dafür stehen wir da, daß wir den Beweis erbringen, daß er, der Herr Gatte, sie selber ins Kino geschickt hat. Und das wär' gar schön,

wenn da nicht eine Scheidung durch sein Verschulden herauszufinden sollte. Und er wird zahlen müssen, daß er grün wird! Wenn das alle Frauen so täten, dann müßt' den Mannsbildern schon die Lust vergehen, sich scheiden zu lassen!

Und wieder nickten die anderen Frauen unstufo mit dem Haupte.

Darin erblicke ich geradezu eine edle Tat, wenn man einem so guten Dinge, wie es das Frauerte da ist, beisteht!“ redet die Solistin weiter, und flüstert irgend etwas der Nebenstehenden zu.

Die antwortet bloß:

„Man weiß sehr wohl, daß er auch kein Heiliger ist! Wer weiß denn, was er im Heimlichen treibt! Und eine Frau besteht ja auch nur aus Fleisch und Blut, und wenn die sich einmal vergift, da ist gleich das Feuer am Dach!“

Das genügt mir. Einen Augenblick später trete ich als Zuhörer in den Verhandlungssaal.

Der Richter, ein alter Herr, bemühte sich vergeblich, die in Scheidung begriffenen Gatten zu versöhnen. Sie schluchzt heftig,

er steht sterbensbleich und blickt zur Erde. Er kann mit ihr nicht länger leben. Die Ehe ist zerrüttet. Die Beklagte verteidigt sich, daß es Schuld des Klägers sei, der Kläger beharrt darauf, daß es die Schuld der Frau sei.

„Wir werden also die Zeugen einberufen,“ ordnet jetzt der Richter an.

Und es geschieht, wie es am Gange von den Frauen besprochen wurde. Sie sagten zugunsten des Klägers aus.

Der eine Zeuge des Mannes konnte das Gericht nicht davon überzeugen, daß die Angaben der Klage wahr sind, während die andere Partei durch so viele Zeugen das Gegenteil nachwies; der Richter verkündet das Urteil, durch welches die Ehe durch Schuld des Klägers geschieden wird, jenes bleichen Mannes, den die Ehefreunden auf den Kreuzweg stellten: sich oder sie aus Verzweiflung töten oder sich in zwölfter Stunde durch eine Scheidung retten.

Er wurde also geschieden.

Als man aus dem Verhandlungssaale schritt, murmelte die Lippen des Verurteilten seinem Anwalt zu:

„Wie ist es möglich, daß ich der Schuldige sein soll?“

Der Anwalt befragte ihn:

„Seien Sie froh, daß es so ausgefallen ist!“

(Aus dem Tschechischen überetzt von J. Reikmann. Die Skizze steht in dem Buch „Das Haus der Gerechtigkeit“.)

Höchstspannungskabel

Bisher wurde die Entwicklung der Hochspannungskraftübertragungen ganz und gar von der Freileitung beherrscht. Die hohen Spannungen, die der immer zunehmende Energiebedarf verlangte, waren nur mit Freileitungen betriebsfähig zu übertragen. Die Isolation von Kabeln war bisher derartigen Spannungen nicht gewachsen. Die höchste in Deutschland, abgesehen von Versuchsstrecken, verwendete Betriebsspannung ist wohl mit 30 000 Volt im Leistungsbereich der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke erreicht. Natürlicherweise bemühte sich die Kabelschweiß, die Leistungsfähigkeit ihres Fabrikates zu vergrößern, um den Freileitungen wieder Terrain abzugewinnen. Das gelang auch; Kabel für 50 000 bis 60 000 Volt sind mehrfach im Betriebe, u. a. in der sehr bemerkenswerten Kraftübertragung von Schweden nach Dänemark durch den Sund, die mit einem Kabel deutschen Fabrikats ausgeführt wurde. Das Bedürfnis besteht aber, die Spannung noch zu erhöhen. Die normale Spannung für große Fernübertragungen in Deutschland ist seit langem schon 110 000 Volt, und man mußte notgedrungen mit dieser Spannung in einige Großstädte, in denen die räumlichen Verhältnisse das gestatteten, wie z. B. in Dresden und Berlin, bis ins Innere der Stadt gehen, um die benötigten großen Energiemengen auf einfachste Weise an die Verwendungsstelle zu bringen. Daß eine solche Freileitung mit mehr als lebensgefährlicher Spannung im Innern der Stadt kein Idealzustand ist, versteht sich von selbst. Es ist deswegen sehr zu begrüßen, daß es in neuerer Zeit gelungen ist, auch Kabel für sehr hohe Spannungen — bis zu 132 000 Volt — herzustellen und auch schon betriebsfähig zu verlegen. In New York und Chicago sind solche Kabel seit etwa einem Jahr im Betriebe, in Deutschland ist bis jetzt nur eine kleine Probestrecke verlegt, aber es ist anzunehmen, daß ihr bald größere Strecken folgen werden.

Das wesentliche bei diesen Kabeln ist, die Beanspruchung des Isolationsmaterials, oder, wie der Elektrotechniker sagt, des Dielektrikums auf ein ungehörig hohes Maß herabzusetzen. Als Isolationsmaterial steht uns nichts anderes zur Verfügung als das Material, das bei allen normalen Hochspannungskabeln verwendet wird, nämlich ein sehr dünnes und sehr zähes Papier, das in genügender Dicke auf den Leiter aufgewickelt und dann mit Öl getränkt wird. Man wird es sich ja leicht so vorstellen, als ob man diese Isolation immer dicker machte, je höher die Spannung ist, indessen hat das seine Grenzen. Sobald ein gewisser Punkt überschritten worden ist, nützt eine stärkere Isolation nichts mehr. Es kommt vielmehr darauf an, die Beanspruchung des Dielektrikums da, wo sie gefährlich hoch ist, und das ist an der Oberfläche des Leiters, auf ein unschädliches Maß herabzusetzen. Hierzu gehört es, daß man dem Leiter einen möglichst großen Durchmesser gibt. Versuche an der Influenz- oder Elektrifiziermaschine machen es jedem klar, daß aus

Spitzen die Elektrizität sehr leicht abströmt. Ein Leiter von kleinem Durchmesser ist nichts anderes als eine Spitze. Die Elektrizität strömt aus ihm sehr leicht ab und gefährdet dabei natürlich das Dielektrikum. Deswegen ist es wichtig, dem Leiterdurchmesser so groß zu machen, daß das sogenannte Glimmen, wie wir es ebenso an den Spitzen einer Influenz- oder Elektrifiziermaschine beobachten können, gar nicht eintritt. Die Eigenart hoher Spannungen ist es aber, daß die Ströme gering werden. Also braucht man eigentlich gar keine Leiter von sehr großem Durchmesser.

Der Kunstgriff, der hier angewendet wurde, besteht nun darin, daß man den Leiter als eine Art Metallschlauch konstruiert. Es sind Drähte von vieredrigem Querschnitt so aneinander geführt worden, daß sie eine feste Metallwand bilden, die einen Hohlraum einschließt. Dadurch wird der Durchmesser sehr groß, während der Querschnitt nicht übermäßig vergrößert wird. Den Hohlraum des Leiters kann man auch noch mit Öl füllen, das unter einem gewissen Druck steht und so das Bestreben hat, durch die Fugen der Metallwand hindurch in das Papier einzutreten. Dadurch wird verhindert, daß sich im Papier ölfreie Stellen bilden, die das Kabel gefährden würden. Eine solche Delfüllung des Leiters ist natürlich eine Komplikation des Betriebes. Man muß an den Verbindungsstellen des Kabels Delfüllgefäße anbringen und darauf achten, daß der Druck nicht unter ein gewisses Maß sinkt. Aber 100 000-Volt-Kabel werden nicht in solcher Menge verlegt werden, daß man diese Komplikation unbedingt scheuen müßte. Die Erhöhung der Betriebssicherheit ist jedenfalls das Wertvollere. Natürlich kann man nicht, wie bei den gewöhnlichen Drehstromhochspannungskabeln, drei solcher Kabel, aber zu einem einzigen Kabel verbinden und mit einem gemeinsamen Bleimantel bedecken. Ein solches Kabel würde die Dicke eines Baumstammes haben und ließe sich überhaupt nicht mehr verlegen. Man wird vielmehr jede einzelne Phase des Drehstromes für sich verlegen und muß sie dann zum Schutz gegen mechanische Beschädigungen in Lantöhren oder dergleichen einziehen. Da aber das Höchstspannungskabel wohl sowieso nur in den großen Städten vorkommen wird, wo man die Kabel üblicherweise so verlegt, bietet das kein Hindernis. Jedenfalls ist zu erwarten, daß dieser bedeutende Fortschritt der Kabeltechnik sich bald praktisch auswirken wird.

Der zunehmende Strombedarf der deutschen Großstädte macht es immer notwendiger, mit sehr hoher Spannung bis ins Innere der Stadt zu gehen. Freileitungen werden kaum noch für solche Zwecke zugelassen werden. Es ist daher anzunehmen, daß dieser große Fortschritt der Kabeltechnik sehr bald praktische Bedeutung durch Verlegung großer Längen dieser 100 000-Volt-Kabel erlangen wird, wie er sie in Amerika schon erlangt hat.

Dipl.-Ing. Dr. Arthur Hamm.

Brille und Watte gegen Grippe

Gibt es einen wirksamen Schutz gegen Grippe? Diese Frage, die jetzt so viel behandelt wird, hat der Hygieniker der Universität Halle, Prof. V. Schmidt, in wissenschaftlicher Weise in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ zu beantworten. Obwohl das Problem der Grippe-Erreger noch nicht geklärt ist, glaubt der Verfasser doch, daß man als ihren Erreger mit größter Wahrscheinlichkeit den Pfeifferschen Influenzabazillus anzusehen habe. Durch Versuche in seinem Institut hat er es unternommen, sich über den gewöhnlichen Weg der Übertragung Klarheit zu verschaffen. Dabei ergibt sich, daß die weitaus größte Gefahr durch die Ausbreitung der Bazillen beim Husten und Niesen gegeben ist, doch ist eine Ansteckung über die Augen anzunehmen, während die Berührung mit den Fingern eine untergeordnete Rolle spielen dürfte.

Während beim Husten und Niesen die schweren Tröpfchen schnell zu Boden fallen, schweben die feinsten, mit Bazillen gesättigten Tröpfchen einige Zeit in der Luft und können so eingeatmet werden. Die „Mundatmer“ sind am meisten gefährdet, und die Gefahr tritt natürlich am stärksten auf bei Massenansammlungen von Menschen, weshalb nicht nur öffentliche Ansammlungen, sondern auch schlechte Wohnungsverhältnisse verhängnisvoll werden. Da man den modernen Menschen nicht zum strengen Einsiedlerleben verurteilen kann, so ist unter solchen Umständen ein Schutz sehr schwierig. Professor Schmidt ist aber der Ansicht, daß eine Filtration der Einatemluft, wie z. B. durch Watteproppen in beiden Nasenhöhern, und ferner eine Schutzbrille wenigstens eine Gefahrenmilderung gewährleisten müßte. Für Menschen mit besonderer Exposition wäre diese Vorsicht gemäß für Stunden größerer Gefahr zu ertragen. Lippen und äußere Nasenöffnung könnte man obendrein vielleicht noch zum Schutz gegen Anflug mit Vanolincreme bestreichen, wodurch eine ungefährliche Einbettung der Tröpfchen wahrscheinlich würde. Feinlichste Reinlichkeit und Vermeidung jeder Berührung von Auge und Nase sind zu empfehlen.

Die größte Gefahr bedeutet natürlich nicht der ans Bett gefesselte fiebernde Kranke, sondern die zahlreich herumlaufenden Leidetranken, namentlich, wenn sie kein Verständnis für hygienische Befehle, wenn die Einraumung den bloßen Anflug und die Infektion

durch Berührung zahlenmäßig überwiegt, wie doch anzunehmen ist, so muß man fordern, daß in Grippezeiten immer in das Taschentuch gehustet und geniest wird. Wie es damit leider in der Praxis steht, weiß jeder, ebenso, was die hygienische Forderung nach einem Abstand von mindestens 1 Meter vom Hustenden anlangt. Von der Desinfektion des Mundes ist nicht viel zu erwarten, und überhaupt gibt es keinen Schutz durch Arzneimittel. Wenn die Grippe einen bösartigen Charakter annimmt, dann sind nach der Meinung des Verfassers die strengsten Maßnahmen notwendig: Verbot jeder Massenansammlung von Menschen, Vermeidung der privaten Geselligkeit. Vorübergehend wenigstens sollte in solchen Zeiten besonderer Gefahr von allen ein- und zweitägigen Besuchen abgesehen werden. Schmidt zweifelt nicht, daß die volkswirtschaftlichen Verluste bei strenger Durchführung solcher Schutzmaßnahmen viel geringer wären als bei stärkerer Ausbreitung einer bösartigen Grippe.

Zimmermannshosen

Ein alter Züricher Zimmermann und Gewerkschaftler gab dem sozialistischen „Volksrecht“ folgende Erklärungen über die Herkunft der weiten Sammethosen, die von den Gesellen der Zimmermannsgünfte noch heute getragen werden. Er schreibt:

Die hiesigen Soelleute und Zimmerleute waren von jeher sehr tanzlustige Gesellen. Als solche waren sie wohl auch immer etwas eitel, namentlich auf möglichst kleine Schuhnummern. Nun hat aber der liebe Gott diese nicht ausgerechnet für die Bewohner der nördlichen Wasserlande reserviert. Die Mode war aber von jeher ein gutes Mittel für optische Täuschungen. Um die großen „Köhne“ klein erscheinen zu lassen, wurden sie einfach durch die Gledenhosen bis zu den Fußspitzen verdeckt.

Wahrscheinlicher ist wohl die zweite Erklärung. Die großen Bauholzkränze sind eine ziemlich neuzeitliche Erfindung. Noch vor kaum 40 Jahren mußte das Bauholz der Zimmerleute aus runden Baumstämmen mit der Breitseite vierkantig gehauen werden. Diese Arbeit (hauptsächlich Winterarbeit) wurde in großen Holzshufen ausgeführt und damit die Hauspläne nicht in die Holzshufen fielen, wurden dieselben einfach durch die Gledenhosen überdeckt.

Grundsätzliches zur Agrarfrage.

Zum Problem der Auffangorganisation.

Der vom Reichslandbund viel angegriffene Präsident der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste, Dr. Klepper, ergeht im „Deutschen Volkswirt“ zu den Angehörigen das Wort. Wir geben im Folgenden einen Auszug seiner Ausführungen aus dem heute erscheinenden Heft wieder.

Gegenüber dem Kummel der kommenden „Grünen Woche“ stellt Klepper fest, daß die Gestaltung der Daseinsbedingungen der Landwirtschaft nicht länger dem parteipolitischen Spiel ausgeliefert werden könne.

Es ist nicht die Sonderkenntnis einer einzelnen agrarpolitischen Richtung, daß die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft ein Preisniveau voraussetzt, das eine angemessene Rentabilität gestattet. Es ist insbesondere notwendig, die Preise der landwirtschaftlichen Hauptprodukte zunächst zu stabilisieren; denn die vorhandene Kapitalschwäche bewirkt übernormale Preisenschwäche, da das ausgleichende Kapitalpolster fehlt.

Gefragt gleichzeitig eine bessere Anpassung des landwirtschaftlichen Produktionsganges und des Warenabzuges an die Bedürfnisse des Marktes, so werden die den anderen Berufsständen im Interesse der Landwirtschaft, insbesondere auf dem Gebiete der Handelspolitik, aufzuwerfender Opfer in erträglichen Grenzen bleiben können.

Die genossenschaftlichen Kredit-, Bezugs- und Absatzorganisationen können ihre Aufgabe nicht erfüllen, so lange sie in dem bisherigen Umfang Mittel zur Ueberbrückung und Amortisation der Verluste aus der Deflationszeit aufzubringen haben. ... Auch das auf diesem Gebiet notwendige kann nicht allein durch Selbsthilfe erzielt werden, vielmehr ist eine Hilfe der öffentlichen Hand unumgänglich.

Schließlich ist es eine nun einmal unabwendbare Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Finanzkrise des Ostens zu beseitigen. ... Entscheidend bleibt die allgemeine Erkenntnis, daß die ungenügende Entwicklung der sogenannten scheidenden Kräfte eine Schrumpfung des Produktionsapparates infolge weitgreifender Denationalisierung, eine Gefährdung der lebensfähigen Betriebe durch die genossenschaftliche und landwirtschaftliche Gesamthaltung und Mitten-gemeinschaft, schließlich eine weitere Schwächung der Landwirtschaft auf den Märkten ihres Absatzes und ihres Abzuges bedeutet.

Außer Streit steht, daß es nicht möglich ist, die überschuldeten Großbetriebe zu erhalten, daß der Gütermarkt sie aber nicht aufnimmt. Hieraus folgt die Notwendigkeit, die Aufnahme dieser Betriebe zu organisieren.

Es können nicht alle zusammengehörigen Betriebe aufgenommen werden. ... Kommt ein Erwerb des Gesamtkomplexes der nicht mehr lebensfähigen Betriebe nicht in Betracht, so ergibt sich die Konsequenz, daß in erster Linie solche Güter aufzunehmen sind, die sich zur Bezielung eignen; denn die marktähnliche Wirkung der Aufnahmeleistung ist unabhängig von dem Verwendungszweck. In zweiter Linie wäre Land zu erwerben, das zur Aufforstung bestimmt ist; denn es ist volkswirtschaftlich richtig, nicht rentabel zu bewirtschaftendes Land aus der landwirtschaftlich genutzten Fläche auszumergen. Die Erweiterung des staatlichen Domänenbesitzes ist nur als Hilfsmaßnahme anzusehen. ...

Wesentlich ist allein, daß die marktregulierende Tätigkeit (bei der Aufnahme von Gütern) zentral, unbeeinträchtigt von Interessentenwünschen, nicht bürokratisch, sondern beweglich erfolgt. Die Organisation des Gütermarktes, mag sie in dieser oder in jener Form geschehen, wird ebenfalls erhebliche Zudrücken erfordern.

Die finanzielle Last der Agrarpolitik wird größtenteils von dem Staate zu tragen sein. Unter dem finanziellen Zwang stehen alle Parteien in gleicher Weise. Durch ihn sind die praktischen Möglichkeiten einseitig begrenzt. Daher ist die praktische Behandlung der Agrarfrage unabhängig von der Richtung des politischen Regimes.

Was bleibt führt es uns darum am ehesten aus dem heutigen Wirrwarr der Meinungen heraus, wenn ... ein kleines Gremium von unabhängigen Sachverständigen aus den verschiedenen Lagern mit der Prüfung des Gesamtkomplexes der akuten agrarpolitischen Fragen betraut würde."

Verständigung Preußenliste—Landbundgenossenschaft.

Von der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste und dem Reichslandbund und seinen genossenschaftlichen Unternehmungen wird folgendes mitgeteilt:

Die zwischen der Preußenliste und dem Reichslandbund und seinen genossenschaftlichen Unternehmungen seit längerer Zeit geführten Verhandlungen haben zu einer Gesamtverständigung geführt. Es ist damit die finanzielle Voraussetzung für die beiderseits erstrebte Vereinheitlichung des gesamten landlichen Genossenschaftswesens insoweit geschaffen und die ruhige Abwicklung der Geschäfte der genossenschaftlichen Unternehmungen des Reichslandbundes gewährleistet. Die Vereinbarungen werden der Aufsichtsbehörde der Preußenliste und den zuständigen Organen des Reichslandbundes und seiner genossenschaftlichen Unternehmungen unverzüglich unterbreitet werden.

Reich für Saargebiet unenitbehrlich.

Nach der Reichsstatistik über den Handelsverkehr zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reichsgebiet belief sich von Januar bis einschließlich November 1923 die Saarausfuhr nach dem Reich auf 2.975.145 Tonnen, die Einfuhr auf 884.426 Tonnen. Ohne diesen bedeutsamen Absatz in Deutschland, zu dessen Aufnahme sich die französische Volkswirtschaft gänzlich außerstande zeigt, wäre die Saarproduktion längst zum Erliegen gekommen.

Konsumvereine im Dezember.

Umsatzsteigerung durch Ruhsperre behindert.

Die Mitgliedssumme im Zentralverband deutscher Konsumvereine sind im Dezembermonat durch die Weihnachtseinkäufe der Mitglieder immer besonders stark erhöht. Nach den Mitteilungen des Zentralverbandes gilt das auch für den letzten Dezember. Der Durchschnittsumsatz pro Woche und Mitglied ist gegenüber November von 8,81 M. auf 10,23 M. gestiegen. Das ist eine Steigerung um 1,42 M. Gegenüber den entsprechenden Veränderungen im Jahre 1927 ergibt sich aber ein leichter Rückgang. Damals betrug die Zunahme vom November auf Dezember nämlich 1,52 M.

Ein Bild auf den Verband der rheinisch-westfälischen Konsumvereine, deren Verkaufsgebiet durch die Ruhsperre betroffen wurde, zeigt sofort die Ursachen dieses relativen Rückganges. Am November war dort gegenüber dem Monat Oktober der wöchentliche Kapsumsatz schon von 10,59 M. auf 9,49 M., also um 1,10 M. gesunken, während die anderen Bezirke fast ohne Ausnahme eine Steigerung zeigten. Vom November bis Dezember ist der wöchentliche pro-Kopf-Umsatz zwar um 1 M. auf 10,49 M. gestiegen, der Dezemberumsatz blieb aber trotz der Ruhsperre noch um 10 Pf. hinter dem Oktoberumsatz zurück.

Was will Philips bei uns?

Warum der holländische Elektrozern die Lorenz A. G. beherrschen will.

Der Name der holländischen Firma Philips, die in kurzer Zeit zu einem der größten europäischen Elektrozernen geworden ist, war in Deutschland bis vor nicht langer Zeit ziemlich unbekannt. Seit etwa zwei Jahren machte sie sich jedoch im Radiogeschäft, insbesondere im Vertrieb von Lautsprechern, stärker bemerkbar, und vor kurzem ging ein großes Aktienpaket der bekannten deutschen Schwachstromfirma C. Lorenz A. G. Berlin in die Hände der Philips-Glühlampenfabriken in Eindhoven über. Es handelt sich zunächst um Aktien im Nennwert von 2 Millionen Mark, wobei der Verkaufspreis nach dem Aktienkurs sich auf etwa 3,6 Millionen Mark belaufen hat. Philips will jedoch, wie es heißt, seinen Anteil vergrößern und, wenn möglich, einen so großen Teil des Aktienkapitals von Lorenz zu erlangen suchen, daß er diese Firma in jeder Hinsicht beherrscht. Abgesehen hiervon ist zwischen Lorenz und Philips ein langfristiger Lieferungsvertrag zustande gekommen und in Verbindung hiermit Vereinbarungen über gegenseitigen Patentaustausch, gemeinsame Absatz- und Produktions-Organisation auf verschiedenen Gebieten. Diese Bindung der

Corenz-Gesellschaft

an den Philips-Konzern wird in der deutschen Elektroindustrie bedauert, da es nunmehr nicht mehr möglich erscheint, die deutsche Schwachstromindustrie enger zusammenzuschließen, worauf insbesondere der Siemens-Konzern schon seit längerer Zeit hingearbeitet hat. Der Philips-Konzern hat zweifellos einen guten Griff getan, denn die C. Lorenz A. G. ist ein wichtiger deutscher Schwachstromproduzent. Das Kapital der Gesellschaft wurde im vergangenen Jahre von 6,3 auf 9,5 Millionen Mark erhöht, die Dividende betrug 6 Proz. Der letzte Geschäftsbericht verzeichnete eine Umsatzerhöhung insbesondere auf dem Gebiet der drahtlosen Telegraphie und der Rundfunkproduktion. Lorenz stellt Telegraphen- und Telefonanschlüssen aller Art her, Signale, Rundfunkgeräte usw. Vor einigen Monaten gliederte sie sich die Firma W. Gurlit & Co. m. b. H. in Berlin-Treptow an. Außerdem kontrolliert sie die bekannte Radiofirma Dr. C. F. Huth & Co. m. b. H., die Teimo & Co. m. b. H. ist ferner gemeinsam mit Siemens beteiligt an der Bayerischen Telefonfabrik A. G., mit anderen deutschen Firmen an der Automatischen Fernsprechanlagen-Vereinigung ufm.

Der Philips-Konzern

Ist jedoch seinem Produktionsumfang und seiner Kapitalgröße nach der Lorenz-Gesellschaft weit überlegen. Den Kern ihrer Produktionsinteressen bildet die Herstellung von Glühlampen, weiterhin werden Röntgenlampen, Rundfunkgeräte und anderes Schwachstromgerät hergestellt. Tochterfabriken und Absatzorganisationen von Philips werden in diesen Ländern unterhalten, im vergangenen Jahr

erfolgte die Eröffnung einer neuen Fabrik in Turin, ferner eine erhebliche Vergrößerung der belgischen Filiale. Beschäftigt waren Mitte 1927 etwa 10.000, vor kurzem bereits 15.000 Mann. Dazu kommen weitere 3400 Arbeiter in holländischen Tochtergesellschaften und 3500 in ausländischen Betrieben, so daß die Gesamtzahl sich gegenwärtig auf rund 24.000 beläuft. Im Bau ist zurzeit eine neue große Fabrik in der holländischen Stadt Rhenen, in der 3500 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Ende dieses Jahres wird die Gesamtzahl der Beschäftigten in den Betrieben von Philips annähernd 30.000 Mann betragen.

Kürzlich wurde eine erhebliche Kapitalerhöhung durchgeführt, wodurch das Aktienkapital auf etwa 36 Millionen holländische Gulden, d. h. rund 60 Millionen Mark, gebracht worden ist. Hierzu kommt jedoch noch das Kapital der Tochtergesellschaften. Entsprechend der ständigen Produktionssteigerung und der wachsenden Gewinne bewegen sich die Aktienkurse dieser erst 1912 gegründeten Firma ununterbrochen aufwärts. Im Jahre 1926 betrug der Kurs der Stammaktien an der Amsterdamer Börse durchschnittlich 350 Proz., heute ist er bereits auf über 900 Proz. angeklommen. Da die Stammaktien von Philips gegenwärtig einen Nennwert von 27,34 Millionen holl. Gulden, d. h. rund 400 Millionen Mark — ohne Vorzugsaktien, Anleihen und das Kapital der Tochtergesellschaften.

Im Jahre 1926 wurden auf die Stammaktien 16 Prozent Dividende ausgeschüttet, während 1927 und 1928 die Aktionäre mit 21 Proz. Dividende erfreut werden konnten. Die Inhaber der Vorzugsaktien erhielten 9 Proz.

Dieser holländische Konzern ist nicht nur Mitglied des 1924 gegründeten Internationalen Glühlampensyndikats, sondern steht auch sonst mit anderen elektrotechnischen Großproduzenten in enger Beziehung, am meisten mit der General Electric Co., dem größten amerikanischen Elektrozern, der übrigens auch am Kapital von Philips beteiligt ist und bei der letzten Kapitalerhöhung seinen Anteil noch erheblich vergrößert hat.

Diese kapitalkräftige Gesellschaft hatte bereits Ende 1926 in Deutschland festen Fuß gefaßt, indem sie die Deutsche Philips-Gesellschaft in Berlin zum Vertrieb ihrer holländischen Fabrikate gründete. Durch die Verträge mit der C. Lorenz A. G. und die starken Kapitalbeteiligungen an dieser Firma hat sich der Einfluß von Philips auf das deutsche Schwachstromgeschäft bemerkenswert vergrößert. Der Hauptgrund für die erstrebte Eingliederung der C. Lorenz A. G. dürfte darin liegen, daß die Höhe in der deutschen elektrotechnischen Industrie auch heute noch erheblich niedriger liegt als in Holland. Die sozialpolitisch reaktionäre Haltung der deutschen Metallindustriellen trübt hier also Wälder, die von nationalen Standpunkt aus recht interessant sind.

Die Ruhsperre hat also im Ausperrungsgebiet deutlich eine Unterversorgung der Arbeiterschaft mit den wichtigsten Lebensmitteln zur Folge gehabt, und auch zu Weihnachten und zu Neujahr mußten sich die Ruhrbelegtesten den Debitoren viel enger schmeißen, als es in anderen Gebieten Deutschlands notwendig war. Haben die ausperrenden Ruhrherren und Generaldirektoren mit ihren Frauen und Kindern zu Weihnachten und Neujahr auch Rat gelitten?

Bampir Margarinetrust.

Kapitalmacht auf 640 Millionen erhöht.

Der internationale Margarinetrust, zu dem sich die beiden holländisch-englischen Konzerne Jurgens und van den Bergh im Jahre 1927 zusammengeschlossen hatten, hat jetzt zu einem großen Schloß gegen die bisher noch freien Margarineunternehmen in Europa aus. Zu diesem Zweck wird das Kapital, das erst im vergangenen Herbst von 75 auf 90 Millionen Gulden erhöht worden war, auf 350 Millionen Gulden heraufgesetzt. Da zugleich auch die englische Tochtergesellschaft ihr Kapital auf 80 Millionen Mark erhöht, wird der Margarinetrust seine Kapitalmacht auf insgesamt 640 Millionen Mark steigern.

Das erste Opfer der neuen Expansionspolitik des Trusts ist der größte tschechoslowakische Margarinetrust von Schicht in Austerlitz geworden. Dieser hat eine „Interessengemeinschaft“ mit dem holländischen Trust abgeschlossen, die aber offenbar sehr einseitig den Interessen von Jurgens — van den Bergh dient. Danach dürfte die gleichfalls bedeutende holländische Del- und Fettfabrik Calpa-Delft an die Reihe kommen, die bis zur Zeit ihre Selbstständigkeit wahren konnte, aber jetzt auch Verschmelzungsverhandlungen mit dem Trust aufgenommen hat.

Auch in Deutschland wird Jurgens — van den Bergh seine schon überragende Machtstellung auszubauen versuchen. Bereits jetzt untersteht etwa zwanzig von den bedeutendsten deutschen Betrieben der Kontrolle des Trusts, dessen Anteil am Margarineabsatz in Deutschland sich auf etwa 70 bis 75 Proz. beläuft. Da 1927 rund 350 Millionen Kilo in Deutschland (rund 10 Pfund pro Kopf) konsumiert wurden, hat der internationale Trust mit seinen Tochterunternehmen rund 250 Millionen Kilo auf dem deutschen Markt absetzen können.

In England hat allerdings das sonst fast lückenlose europäische Monopol des Trusts — der als Rohstofflieferant auf die noch freien Werke in seiner Hand hat — ein Loch bekommen, das um so unangenehmer ist, als die Produktionsstätten gerade in England zu den härtesten in Europa gehören. Hier ist es aber den britischen Konsumvereinen gelungen, durch Selbstproduktion den Abzug des internationalen Trusts scharf einzusengen und mehrere Millionen Verbraucher mit Konsummargarine zu versorgen.

Kampf der Wanderhändler.

Vertretung im Reichswirtschaftsrat gewünscht.

Die mehreren hunderttausend Angehörigen des sogenannten ambulanten Gewerbes haben es sozial und wirtschaftlich nicht leicht. Der anständige Einzelhandel bekämpft sie, die Behörden zeigen ihnen die kalte Schulter, obwohl sie wachsende Produkte und Händler des herrschenden Wirtschaftssystems sind wie andere auch. Sie suchen mit Recht ihrer Haut zu wehren und fordern entsprechende Beachtung in der Öffentlichkeit.

Der Reichsverband ambulanten Gewerbetreibender hat auf seiner Tagung eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Die von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels gestellten Anträge zur Abänderung der Reichsgewerbe-

ordnung sind lediglich aus der Konkurrenz des festesten Handels gegenüber dem ambulanten Gewerbe zu erklären. Bedauerlicherweise hat die Reichsregierung, diesen Anregungen folgend, in den neuen Entwurf zur Abänderung der Reichsgewerbeordnung Bestimmungen aufgenommen, die zur Schädigung der ambulanten Gewerbetreibenden führen müssen, und diese zu Gewerbetreibenden zweiter Klasse herabsetzen. Das ambulante Gewerbe verlangt, daß es bei der Schöpfung des endgültigen Reichswirtschaftsrates die ihm als Wirtschaftsfaktor zukommende Stellung eingeräumt erhält und ihm als Ausdruck dieses berechtigten Verlangens mindestens zwei Sitze im Reichswirtschaftsrat zugewiesen werden. Das ambulante Gewerbe erwartet die ihm rechtlich und wirtschaftlich zustehende Gleichstellung mit allen anderen Gewerbetreibenden im Deutschen Reich.“

Lockerung der kommunalen Auslandsaufhebung in — Ungarn! Wie aus Budapest berichtet wird, hat das ungarische Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, die eine wohlwollendere Behandlung der Auslandsaufhebung ungarischer Kommunen in Aussicht stellt. In der Verordnung wird ausgeführt, daß der auf die Unmöglichkeit, langfristige Anleihen im Inlande zu beschaffen, zurückzuführende Kapitalmangel eine schwere materielle Schädigung des Kommunalwesens darstelle, da die Kommunen zur Deckung ihres bringenden Geldbedarfs gezwungen seien, drückende kurzfristige Verpflichtungen einzugehen. — Wir glauben, wir kennen auch in Deutschland ganz ähnliche Dinge.

Der Kampf um den süddeutschen Kohlenmarkt. Von unterirdischer Seite wird durch die Konjunkturkorrespondenz darauf hingewiesen, daß der Anteil der Ruhrkohle am süddeutschen Markt nur etwa 55 Proz. des Gesamtverbrauchs Süddeutschlands ausmache, während die übrigen deutschen und auch ausländischen Kohlere im Jahre 1928 etwa mit folgenden Ziffern an der Beschaffung des süddeutschen Steinkohlenbedarfes beteiligt waren: Ober- und Niederösterreich mit 1.600.000 Tonnen, Neuen mit 1.200.000 Tonnen, Saar und Lothringen mit 1.300.000 Tonnen, England mit 320.000 Tonnen, Holland mit 450.000 Tonnen, die Tschechoslowakei mit 145.000 Tonnen, Sachsen mit 300.000 und bayerische Pfalz mit 1.300.000 Tonnen. Die Konkurrenz so vieler Kohlengebiete auf dem süddeutschen Markt zeigt, wie untauglich besonders dieses Gebiet ist. Die Ruhrkohlenleute befürchten, daß der Kampf sich noch weiter verschärfen wird, auch im Zusammenhang mit der Zulassung eines polnischen Kohlenkontingents.

Zunahme der Weißstoffsidenproduktion 1928. In englischen Fachkreisen wird die Weißstoffsidenproduktion 1928 auf 330 Millionen englische Gewichtspond (= 454 Gramm) geschätzt, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 30 Proz. bedeutet. Die Produktion der Vereinigten Staaten von Amerika betrug 96 (75) Mill., die englische Produktion 52 (39) Millionen englische Pfund; die Erzeugung von Acetatseide ist bedeutend gestiegen, sie beträgt 7 Prozent der Gesamtzeugung. Die Vorräte sind gegen Jahresende 1928 in fast allen Ländern größer als 1927. Man glaubt jedoch auch feststellen zu können, daß der Verbrauch eine stetige weitere Zunahme aufweist.

Spröde und fuchsig wird das Haar

Durch sodahaltiges Shampoo. Elida Shampoo ist garantiert sodafrei, es gibt dem Haar durch einfaches Waschen und nachheriges leichtes Bürsten prachtvollen natürlichen Glanz. Der natürliche, nicht der künstliche Glanz wird aber von der ganzen Welt bewundert.

L. PARFUMERIE-ELIDA-A.-O. LEIPZIG
Senden Sie mir kostenlos ein Päckchen ELIDA-SHAMPOO
Name: _____
Adresse: _____
Kleben Sie bitte den ausgefüllten Kupon auf die Rückseite einer Postkarte

Was der Arbeitslose tun muß.

Die Praxis der Arbeitslosenversicherung.

Vom Arbeitsamt Berlin-Ost wird uns mitgeteilt:
An der Praxis der Arbeitslosenversicherung zeigt es sich, daß fast alle Schwierigkeiten, die sich bei der Bearbeitung der Unterstützungsfälle ergeben, auf die immer sehr erhebliche Unkenntnis selbst der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung zurückzuführen sind. Wir werden daher nachfolgend auf die Dinge hinweisen, die von dem Arbeitnehmer im Falle eintretender Arbeitslosigkeit unbedingt beachtet werden müssen.
Zunächst ist erforderlich, daß der Arbeitslose am ersten Tage seiner Arbeitslosigkeit seine Eintragung bei dem für ihn zuständigen Facharbeitsnachweis unter Vorlage seiner Arbeitspapiere bewirkt. Für ungelernete und für jugendliche Kräfte sowie für Hauspersonal ist der Nachweis des Arbeitsamtes zuständig, in dessen Bezirk der Arbeitslose seinen Wohnsitz hat. Die

Eintragung am ersten Tage der Arbeitslosigkeit
ist erforderlich, weil die Unterstützung gemäß § 110 des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung nach Ablauf von sieben Tagen seit dem Tage der Arbeitslosmeldung gewährt wird, wenn innerhalb dieser sieben Tage auch die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung beantragt wurde. Eine verspätete Meldung beim Arbeitsnachweis bedingt daher in jedem Falle auch einen späteren Unterstützungsbeginn.

Die Zahlung der Unterstützung ist nach vorgenommener Arbeitslosmeldung bei der zuständigen Aufnahmebehörde in Frage kommenden Arbeitsamtes besonders zu beantragen. Wenn die Arbeitslosigkeit im unmittelbaren Anschluß

1. an eine Beschäftigung von weniger als sechs Wochen nach vorausgegangenem Unterstützungsbezug,
 2. an Kurzarbeit von mindestens zweiwöchiger Dauer, infolge deren das Arbeitsentgelt um mindestens ein Drittel gekürzt war,
 3. an Arbeitsunfähigkeit von mindestens einwöchiger Dauer, oder
 4. an eine auf behördliche Anordnung erfolgte mindestens einwöchige Verwahrung in einer Anstalt
- eintritt, erfolgt diese Antragstellung am besten am Tage der Arbeitslosmeldung, weil in diesen Fällen

die Gewährung der Unterstützung unter Fortfall der Wartezeit mit dem Tage der Antragstellung beginnt. Bei einer verspäteten Antragstellung verliert der Unterstützungsbedürftige die Unterstützung für die Zeit, die zwischen dem Tage der Arbeitslosmeldung und dem der Anmeldung zum Unterstützungsbezug liegt. In allen anderen Fällen muß die Anmeldung im Interesse der Vermeidung eines späteren Zahlungsbeginns innerhalb von sieben Tagen seit dem Tage des Eintritts der Arbeitslosigkeit vorgenommen werden.
Bei der Antragstellung muß der Arbeitslose Arbeitsbescheinigungen vorlegen, aus denen hervorgeht, daß er in den dem Tage des Eintritts der Arbeitslosigkeit vorausgegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Sofern die letzte Beschäftigungsdauer weniger als 26 Wochen betrug, muß die noch fehlende Zeit an Hand weiterer Bescheinigungen, die von den vorausgegangenen Arbeitgebern zu beschaffen wären, nachgewiesen werden. Da diese Unterlagen bei den Unterstützungsakten verbleiben, sind hier im allgemeinen formularmäßige Arbeitsbescheinigungen zu verwenden, von denen Vordrucke bei den Arbeitsämtern erhältlich sind.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung
bestimmt sich nach dem Arbeitsentgelt. In der Arbeitsbescheinigung wird daher am besten der Durchschnittswochenlohn der letzten 13 Wochen unter Einschluß der Sozialzulagen, Steuern usw. oder der Gesamtdurchschnittslohn dieser Zeit angegeben. Falls infolge Kurzarbeit Lohnkürzungen eingetreten sind, ist auch der Verdienst anzugeben, den der Arbeitnehmer ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte; denn dieser Verdienst ist für die Errechnung der Unterstützungshöhe maßgeblich.
Auf der Arbeitsbescheinigung ist außerdem anzugeben, ob und in welcher Höhe dem Arbeitnehmer anlässlich seines Ausscheidens Abfindungen gewährt wurden, und bei welcher Krankenkasse er für den Fall der Krankheit versichert war. Unterlagen der in Frage kommenden Arbeitnehmer nicht der Krankenkassenversicherungspflicht, so ist die Kasse anzugeben, an die die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt wurden, sofern der Arbeitnehmer Mitglied der Reichsversicherung für Angestellte war.

Der Entlassungsgrund
zweifelsfrei erkennbar sein. Die Angabe, daß die Entlassung infolge Nichtleistung erfolgt, kann zu der Annahme Veranlassung geben, daß die Entlassung durch ein Verschulden des Arbeitnehmers begründet ist. Im Falle tatsächlicher Nichtleistung empfiehlt es sich, hier anzugeben, aus welchem Grunde die Nichtleistung eingetreten ist. Erfolgt die Entlassung auf Grund eines Verhaltens, das den Arbeitgeber zur fristlosen Entlassung oder auf eigenen Wunsch des Arbeitnehmers ohne Vorliegen eines berechtigten Grundes, so erhält der Arbeitslose für die ersten vier Wochen der danach eintretenden Arbeitslosigkeit keine Arbeitslosenunterstützung. Diese vierwöchige Ausschlussfrist wird auf die Dauer des Unterstützungsbezuges angerechnet. Ein berechtigter Grund zur Aufgabe einer Arbeitsstelle liegt gemäß § 90 Abs. 2 nur vor, wenn

1. für die Arbeit nicht der tarifliche oder, soweit ein solcher nicht besteht, der im Berufsamt übliche Lohn gezahlt wird, oder
 2. die zu verrichtende Arbeit dem Arbeitnehmer nach seiner Vorbildung oder früheren Tätigkeit oder seinem körperlichen Zustand oder mit Rücksicht auf sein späteres Fortkommen nicht zugemutet werden kann, oder
 3. die Untertunft gesundheitlich oder sittlich bedenklich ist, oder
 4. die Versorgung der Angehörigen nicht hinreichend gesichert ist.
- Ist die Entlassung die Folge einer lange andauernden Erkrankung,

so wird es sich in diesen Fällen sehr oft als notwendig erweisen, die Arbeitsfähigkeit des Antragstellers im Sinne des Gesetzes über die

Arbeitslosenversicherung gewerbedärztlich begutachten zu lassen. Neben der Arbeitsbescheinigung hat der Arbeitslose eine polizeiliche Aufenthaltbescheinigung zu erbringen, die von dem zuständigen Polizeirevier für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung unentgeltlich erteilt wird.

Schließt sich die Arbeitslosigkeit an eine Erkrankung an, so ist die Vorbringung einer Krankheitsbescheinigung erforderlich. Außerdem hat der Arbeitslose alle Papiere, die für die Beurteilung seiner persönlichen Verhältnisse von Wichtigkeit sind, wie z. B. Rentenbescheide, Familienstammbuch usw. beizubringen.

Wenn die erforderlichen Meldungen pünktlich vorgenommen und die vorgeschriebenen Papiere insbesondere die richtig ausgefertigten Arbeitsbescheinigungen und polizeilichen Aufenthaltbescheinigungen rechtzeitig, d. h. möglichst am Tage der Antragstellung beigebracht werden, so ist selbst in den Zeiten rückläufiger Konjunktur und vermehrter Arbeitslosigkeit die Gewähr für eine pünktliche Erledigung aller vorliegenden Unterstützungsanträge gegeben.

Es ist begrüßenswert, daß in den vorstehenden Ausführungen die immerhin nicht ganz einfachen Formalitäten aufgezählt werden, die der Arbeitslose erfüllen muß. Es wäre gut, wenn kurzgefaßte Anleitungen darüber in allen Betrieben zum Ausdruck kämen.

Bersärfte Wirtschaftskämpfe.

Brandes zum Ruhrkampf und zur Schlichtungsfrage.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Brandes, sprach gestern nachmittag in einer Vorstandskonferenz der Berliner Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus über „Die Bedeutung der wirtschaftlichen Kämpfe des Vorjahres“.

Er wies zunächst die abernern Vorwürfe der Kommunisten zurück, daß die Gewerkschaften kämpfen mit den Unternehmern ausweichen und zeigte, daß gerade im Vorjahr so viele und so umfangreiche Kämpfe geführt wurden wie noch in keinem Jahr zuvor. Alle diese Kämpfe waren nicht nur lohnpolitische Auseinandersetzungen, sondern darüber hinaus bedeutsame wirtschaftspolitische Machtkämpfe, was mit unverhüllter Deutlichkeit der gigantische Kampf an der Ruhr gezeigt hat.

Aus diesem Grunde werden diese Kämpfe sehr auch mit einer beispiellosen Erbitterung auf beiden Seiten geführt. Das Unternehmertum hat erkannt, daß seine Macht jetzt ihm genau so entschwunden, wie in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Macht des Monarchentums. So war auch der Kampf an der Ruhr nichts weiter als ein Kampf um die Erhaltung der wirtschaftlichen Macht und von der Absicht diktiert, die dem Unternehmertum immer gefährlicher werdenden Gewerkschaften zur Ader zu lassen.

Dieser Plan ist den Unternehmern jedoch gründlich fehlgeschlagen. Der Kampf hat vielmehr bewirkt, daß die Lehre vom Klassenkampf auch vielen Arbeitern eingehämmert worden ist, die eine Ueberbrückung der Klassengegensätze immer noch für möglich hielten. Die Erstarkung der freien Gewerkschaften in der letzten Zeit liefert den bündigsten Beweis dafür.

Vor allem aber haben die großen Kämpfe des Vorjahres, insbesondere der Ruhrkampf gezeigt, daß die Arbeiterschaft den Gewerkschaften ihr volles Interesse entgegenbringt. Die Aussperrung der Ruhrindustriellen habe aber auch in weiten Volksteilen die Erkenntnis mahgerufen, daß es endlich an der Zeit ist, durch gesetzliche Maßnahmen die Machtbefugnisse der sogenannten Wirtschaftskapitäne einzudämmen. Genosse Brandes verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorschläge des Genossen Schlieffert vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes zur Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers für die Stahl- und Eisenindustrie, die im Wirtschaftsteil des „Vorwärts“ vom Donnerstag eingehend besprochen worden sind.

Zum Schluß seiner Ausführungen kam Genosse Brandes auf die anlässlich des Ruhrkampfes lebhaft erörterte Frage des Schlichtungswesens zu sprechen. Es sei falsch, die Beteiligung der Schlichtungsinstanzen zu fordern. Die Erfahrung habe gezeigt, daß ungünstige Entscheidungen der Schlichter immer in solchen Industrien gefallen sind, wo die Arbeiterschaft schlecht organisiert war. Die Gewerkschaften müssen daher alles daran setzen, die Arbeiterschaft reiflos um ihre Forderungen zu scharen. Wenn dieses Ziel erreicht ist, werden auch die Entscheidungen der Schlichter anders ausfallen und die Unternehmer es nicht mehr wagen, solche Wirtschaftskämpfe zu entfachen wie an der Ruhr.

Der Kampf in Sachsen-Thüringen.

Drohende Rückwirkung auf die Konfektion.

Der sächsisch-thüringische Weberkonflikt hat nach Mitteilungen Berliner bürgerlicher Blätter schon jetzt bedeutende Rückwirkungen auf die Berliner Konfektion. So schreibt die „Börsche Zeitung“, daß die Berliner Damenkonfektion, die gegenwärtig bereits eifrig an der Belieferung ihrer Kundschaft mit Sommermänteln und Sommerkleidern arbeitet, mit wachsender Sorge das Stillliegen der Textilindustrie im Gera-Gröizer Bezirk verfolgt. Gerade die Fabriken in Gera und Greiz seien die Hauptlieferanten der Berliner Damenkonfektion; diese sei auf Grund ihrer Modellkollektionen bereits umfangreiche Lieferungsverpflichtungen an ihre Kundschaft eingegangen und fürchte nun, mit den Bestellungen für die Sommergarderobe nicht rechtzeitig fertig zu werden. Eine ganze Reihe von Berliner Schneiderwerkstätten müsse bereits infolge des empfindlichen Stoffmangels verkürzt arbeiten und es sei zu be-

fürchten, daß der Kurzarbeit bald die völlige Betriebsstilllegung folgen werde. Da auch das Ausland diese Schwierigkeiten der Berliner Konfektion mit seinen Konkurrenzgauen aufmerksam verfolge, erscheine es notwendig, den Lohnkampf im sächsischen Textilrevier im Interesse unserer gesamten Wirtschaft zu beenden.

Die von den Unternehmern so arg geküßerte staatliche Schlichtungsbehörde wird also schon wieder als Notbehelfer angerufen. Nach der schweren Erschütterung des Schlichtungswesens durch den Ausgang des Rechtsstreits des Eisenkonflikts darf man auf den Ausgang des sächsisch-thüringischen Textilkonflikts einigermaßen gespannt sein.

Tarifsbewegung in den Stempelbetrieben

Ein Vergleichsvorschlag.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Stempelbetriebe besteht schon seit langer Zeit wieder eine tarifliche Regelung der Löhne nach der Arbeitsbedingungen. Am 4. Dezember wurde nach längeren Vorverhandlungen endlich ein Schiedsspruch gefällt, der die Löhne sowie die Arbeitsbedingungen ungefähr so festsetzte wie in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Trotzdem dieser Schiedsspruch die Arbeiterschaft dieser Branche nicht befriedigte, wurde er von ihr angenommen, von den Unternehmern aber abgelehnt. Dem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches kam der stellvertretende Berliner Schlichter nicht nach. Er setzte vielmehr neue Verhandlungen an, die nach längeren Auseinandersetzungen zwischen den Parteien schließlich mit einem Vergleichsvorschlag des Schlichters endeten, der im wesentlichen folgendes besagt:

Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich bis 48 Stunden; für notwendige Ueberarbeit, die nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung angeordnet werden kann, wird ein Zuschlag von 15 Proz. gezahlt. Nach einer Beschäftigungsdauer von ein bis zwei Jahren erhalten die Arbeiter einen Urlaub von drei Tagen, nach drei bis fünf Jahren vier Tage, nach sechs bis zehn Jahren fünf Tage und nach mehr als zehn Jahren sechs Tage. Dieses Abkommen, über dessen Annahme sich die Parteien bis zum 23. Januar erklären sollten, soll vom 1. Januar bis 31. Dezember 1929 gelten. Die Löhne werden tariflich festzulegen, lehnte der Schlichter ab.

Zu diesem Verhandlungsergebnis nahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Stempelbetriebe am Mittwochabend Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, dem Vergleichsvorschlag des Schlichters zuzustimmen. Es wird nunmehr an der Arbeiterschaft dieser Branche selbst liegen, ob es in absehbarer Zeit auch zum Abschluß eines Lohnvertrages kommt. Die erste Voraussetzung dafür ist ein festerer organisatorischer Zusammenschluß.

Eine tariflose Branche.

Die Reparaturwerkstätten für Büreamaschinen.

Für die Mechaniker in den Reparaturwerkstätten der Berliner Büreamaschinenhändler besteht schon seit dem Jahre 1923 kein Lohn- und Rententarif mehr. Die Tariflosigkeit trat damals infolge der Auflösung des Arbeitgeberverbandes ein und führte, wie fast immer in solchen Fällen, zu einem völligen Chaos der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Löhne der Reparaturmechaniker liegen zum größten Teile weit unter der Löhne der übrigen Berliner Mechaniker und werden in seiner Weise mehr den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht. Die miserable Bezahlung dieser Mechaniker ist um so standortfester, als es sich hier um Facharbeiter handelt, die über umfangreiche Fachkenntnisse verfügen müssen. Da von ihnen des öfteren verlangt wird, daß sie Reparaturen außerhalb der Werkstatt vornehmen, haben sie besondere Ausgaben für Kleidung, die ein Mechaniker in der Werkstatt nicht hat. Urlaub gibt es in einer Anzahl von Betrieben überhaupt nicht oder nur sehr unzureichend. Dergleichen kennen die Arbeiter keine Beschränkung ihrer Arbeitszeit und werden oftmals bis zu 60 Stunden pro Woche beschäftigt. Für diese Ueberarbeit erhalten sie entweder gar keinen oder nur einen geringen Zuschlag.

Infolge der schlechten Organisationsverhältnisse konnte der Metallarbeiterverband lange Zeit nichts zur Abstellung dieser Mißstände unternehmen. Nachdem nunmehr durch die rührige Tätigkeit der Funktionäre wieder ein gutes Organisationsverhältnis geschaffen worden ist, leitete der Metallarbeiterverband eine Tarifbewegung in dieser Branche ein. Am Montag wurde in einer stark besuchten Versammlung der Büreamaschinenmechaniker ein von der Organisation ausgearbeiteter Tarifentwurf vorgelegt, der nach eingehender Aussprache von den Versammelten gutgeheißen wurde, und der nunmehr dem Reichsverband der Büreamaschinenhändler unterbreitet werden soll. Die Versammelten brachten klar zum Ausdruck, daß sie entschlossen sind, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für die Schaffung eines Tarifvertrages einzutreten.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Bruck, Freitag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Kochberg; Jugendheim, Schul-Sonnenburger Str. 24. Unsere Mädel haben das Wort und beweisen ihr Talent im Beispielspiel. — Hermannplatz; Jugendheim, Sandbühl, 11. Ecke Hohenschloß. Satire, Gesellen, Schürzen. — Charlottenburg; Jugendheim, Spreerstr. 20. Deutscher Abend, Berliner Pöbel in Volkssprache und Dichtung. — Appellplatz; Jugendheim des Bezirksamt Wedding, Turiner Ecke Seestraße (Eingang Turiner Straße). Wir feiern Polshaders Geburtstag. — Götterplatz; Wohnung, Mädel! Die weitere Fortsetzung unseres Mädchenlaufes findet statt am Montag, 28. Januar, 19½ Uhr, im Jugendheim des Deutschen Reichsbundes, Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-26, Aufgang B. pt. Die Genossin Aabel Schreiber spricht über: „Führerinnen der Frauenbewegung“.

Zuaendraruppe des Zentralverbandes der Anaeftellen

Bruck, Freitag, haben folgende Veranstaltungen statt: Pantow-Niebohnshausen; Jugendheim, Gleditsche 14. (großes Zimmer). Vortrag: „Moderne Erziehung“ (Erziehung). Referent: Martha Schulze-Strunk. — Obersee; Jugendheim, Sauerstr. 2. Eulienes Märchen. — Schöneberg; Jugendheim, Belle-Alliance-Str. 7-10. Vortrag: Wintermärchen. — Mittenfelde; Referent: Werner Feder. — Köpenick; Jugendheim, Ordener Str. 5. Vortrag: „Referent: Werner Feder.“ — Referent: Fritz Weigelt. — Am Sonntag, dem 27. Januar, 19½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-26, ein Jugend- und Elternabend statt. Zur Aufführung gelangt das Schillerstück von Oberbach. Anschließend Musik und Volkstänze. Eintrittsfrei von 20 W. sind im Jugendsekretariat und in den Bezirken der Jugendgruppe erhältlich.

Restposten!
nur **10s** das Stück

LOESER & WOLFF
Zigarren höchster feinheit und Arbeitskunst

Villa-Nueva Feral



Die Arbeit in den Bezirken.

Gegen die Streichungen im Etat.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

Die erste Bezirksversammlung dieses Jahres hatte den Vorstand zu wählen. Die Kommunisten hatten in diesem Jahre wieder vorgeschlagen, den Vorstand nur mit Sozialdemokraten und Kommunisten zu besetzen. Da dies abgelehnt wurde, machten sie für jeden Wahlgang eigene Vorschläge, auf die durchweg nur sechs Stimmen entfielen und schalteten sich selbst aus. Mit großer Mehrheit wurde unser Genosse Kemnitz als Vorsteher wiedergewählt. Als Versammlungstag wurde wieder der dritte Mittwoch im Monat festgesetzt. — In einem Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion betr. „die zurzeit herrschende Grippe-Epidemie“ wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß sie bisher nicht die wünschenswerte energische Abwehr des städtischen Gesundheitsamtes gefunden habe; daß die Inanspruchnahme von Schulen zur Unterbringung der Kranken überhaupt nicht in Betracht gezogen werden könne und eine große Gefahr für die Schuljugend bedeuten würde; daß es vielmehr dringend erwünscht erscheine, daß durch organisierte Maßnahmen der städtischen Verwaltung, eine vermehrte Unterbringungsmöglichkeit in den bestehenden Krankenhäusern, freilich ohne allzu fühlbare Beeinträchtigung der Beteiligten, ermöglicht werde und daß, abgesehen von diesen Krisenmaßnahmen der Bau neuer Krankenhäuser auf das eifrigste betrieben werden müsse. Im Zusammenhang damit weist der Antrag auf die dringende notwendige Errichtung eines ersten Krankenhauses im Bezirk Prenzlauer Berg hin und fordert eine beschleunigte Förderung der dazu bereits vorliegenden Projekte. Dieser Antrag, den Stadtdr. Dr. Korach begründete, wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Eine längere und erregte Aussprache rief eine Anfrage der kommunistischen Fraktion hervor, in der das Bezirksamt um Auskunft darüber ersucht wurde, wie hoch die Steigerung der Mieten auf dem Neubauerblock Schönlanke, Giesener und Schneidemühl Straße sei und was geschehen solle, um die Mietsteigerungen zu verhindern. Unser Gen. Stadtrat Weber erklärte dazu folgendes: Um der Baugesellschaft die Herstellung billiger zu ermöglichen und den Mietzins so niedrig wie möglich zu halten, habe das Bezirksamt das Gelände zunächst auf 20 Jahre verpachten wollen. Nach Mitteilung des Magistrats sei dies aber nicht möglich gewesen. Das Gelände sei dann schließlich an die Baugesellschaft, die bereits die Bauberechtigung in der Tasche gehabt habe, aus den gleichen Gründen und um der Wohnungsnot soweit wie nur möglich zu steuern, zu einem niedrigen Preise verkauft. Dadurch sei es möglich geworden, daß die Mieten auf diesem Häuserblock wesentlich niedriger seien, als in anderen Neubauten. Anzuweisen seien auf dem Baumarkt wesentliche Preisrückstellungen eingetreten und die Gesellschaft sei gezwungen, zum Ausgleich anderer Verbindlichkeiten, die Mieten um etwa 5 bis 6 Proz. zu erhöhen. Man könne verlangen, daß die Gesellschaft keine Ueberhöhe mache, aber ein gewisser Ausgleich der Mieten müsse zugelassen werden. Der deutschnationale Redner prophezeite den Zusammenbruch der Wohnungswirtschaft und die Kommunisten griffen unsere Bezirksamtsmitglieder mehr oder weniger persönlich an, dadurch wurden der Bürgermeister Gen. Ostrowski, Stadtrat Gen. Weber und unser Gen. Hänlein veronuldet, diese Vorwürfe richtig zu stellen. — Dann berichtete Gen. Huhnke über die vom Magistrat an dem Haushaltsplan 1920 vorzunehmenden Streichungen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der sie gegen die Streichungen protestiert. Vor allem fordert sie den Bau des projektierten und bereits vom Magistrat zugestandenen Krankenhauses und den Bau eines Beamtenwohnhauses am Hufeland-Hofhof. Die Stadtverordneten des Bezirks sollen sich auf das energischste dafür einsetzen.

Die Straßenumbenennungen.

6. Bezirk — Kreuzberg.

Die letzte Bezirksversammlung nahm die Wahl des Vorstandes vor. Entsprechend dem Vorgehen der SPD-Fraktion im Rathaus stellte auch die Bezirksfraktion an unsere Genossen das Amt, das Bureau nur mit SPD- und KPD-Beuten zu besetzen. Da aber unsere Fraktion auf Grund früherer schlechter Erfahrungen das ablehnte, nominierte die KPD. zu allen Posten eigene Kandidaten. Es wurden gewählt zum Vorsteher: Genosse Robert Gerber, als Stellvertreter der sehr gemäßigten Deutschnationale Partei, zu Beisitzern Genosse Zöfel und Genossin Grumbach sowie mit den Stimmen der vereinigten Deutschnationalen, Volksparteier und Kommunisten der sehr ungebärdige Kostaufwäger Kruschke. Die letztgenannten Parteien fanden sich auch zusammen und wurden leider durch die Demokraten verstärkt mit dem Erfolge, daß die Vorlage des Bezirksamtes auf Umbenennung der Königgräber Straße in Oesterreichische Straße gegen unsere Stimmen in zweiter Lesung abgelehnt wurde. Die Abstimmung in zweiter Lesung auf Umbenennung von circa 20 Straßen einschließlich der früheren Weststraßen von beiden Seiten des zugestimmten Richtkanals führte die Demokraten wieder auf unsere Seite, so daß diese Vorlage mit kleiner Mehrheit gegen Deutschnationale und Kommunisten Annahme fand. Ein Antrag der Wirtschaftsparteier verlangte vom Magistrat Erstattung der durch die Umbenennung den Geschäftseigenen entstehenden Druckkosten, fand aber keine Mehrheit in der Versammlung. Eintrag unserer Fraktion sowie der Demokraten verlangte besserer Beleuchtung in der Gegend des Kreuzbergs sowie die Einführung der elektrischen Beleuchtung in allen Schulen des Bezirks und Aenderung der teilweise mife-

rablen Schulaborte. Die Vertreter des Bezirksamtes sagten Besserung im Rahmen des nächstjährigen Haushalts zu. Ein vom Genossen Grün begründeter Antrag soll den Magistrat veranlassen, beim Reichsfinanzministerium eine Heraushebung der steuerfreien Grenze bei der Stundung der Hauszinssteuer zu befürworten, da die jetzige Grenze zweifellos bei kleinen Einkommen eine unbillige Härte bedeutet. Die Versammlung stimmte einmütig zu.

Kritik am Wohlfahrtsamt.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

In der ersten Bezirksversammlung des neuen Jahres prallten die Gegensätze zwischen der Reaktion und Vertretern der neuen Zeit recht hart aufeinander. Genosse Steinhöfel richtete scharfe, wohl begründete Angriffe gegen die Geschäftsführung des Bezirkswohlfahrtsamtes, das dem deutschnationalen Stadtrat R. v. Steinhoff untersteht. Es war eine Blütenlese bezeichnender Vorfälle: Das Wohlfahrtsamt bewilligte dem Bruder eines Bezirksamtsangestellten, der in eine Betrugsfalle verwickelt war, ein Darlehen von 250 Mark, damit dieser seinen Anwalt, der früher auch dem Bezirksamt angehört hatte, bezahlen konnte. Wenn auch der Dezernent das Vorgehen seines Amtes als „vorübergehende Fürsorge“ bezeichnete und nach den hierfür geltenden Richtlinien das formale Recht für sein Dezernat in Anspruch nehmen konnte, so blieb die Frage unbeantwortet, weshalb man in diesem immerhin eigenartig gelagerten Falle nicht wenigstens die zuständige Wohlfahrtskommission gehört hätte. — In anderen Fällen hat man nicht nur diese, sondern sogar evangelisch-tirische Organisationen zur Begutachtung der Würdigkeit der Antragsteller herangezogen! Bis zur Heranziehung der Arbeiterwohlfahrt ist man allerdings noch nicht vorgegangen. — Hierin ist man im Gegenteil recht abstinenzlos: unter vierzehn Wohlfahrtskommissionsvorsitzern ist nicht ein einziger — und unter den vierzehn Vorsteherstellvertretern sind zwei ganze Vertreter der Arbeiterwohlfahrt.

Diese Praxis wurde denn in der Diskussion von dem deutschnationalen Bezirksverordneten und R. v. A. Kämmerer noch recht deutlich unterstrichen mit der Bemerkung: „Wir verlangen von der deutschnationalen Beamtenschaft, daß sie bewußt die Interessen der deutschnationalen Bevölkerung wahrnimmt.“ Dieses offenergeigte Bekenntnis wurde natürlich von unseren Rednern in die gesammelte Beleuchtung gerückt und — die Wilmersdorfer Wählerchaft wird sich's merken. Auch in der Behandlung der Frage der Kleingärtner der Kolonie „Bingeloch“ hatte das Bezirksamt keine glückliche Hand gehabt. Wegen der Errichtung eines Blocks von Wohnhäusern mußten die Kleingärtner das Gelände räumen und sollten dafür entschädigt werden. Nachdem ein Versteigerungsverfahren, was weder mit dem Bau begonnen, noch eine Entscheidung ergangen — das geräumte Gelände lag tot da. Erst den rührigen Bemühungen der Besühenden der Wilmersdorfer Kleingärtnerbewegung und dem Eingreifen unserer Fraktion ist es gelungen, den Amtschimmel der Instanzen darauf zu bringen, daß die verdrängten Kleingärtner zu ihrem Recht kamen.

Unwürdige Art der Erwerbslosenhilfe.

12. Bezirk — Steglitz.

Die Bezirksversammlung erschöpfte sich in einer Anzahl Verlegenheitsentwürfen und unbedeutenden Sachen. Ein Antrag der Deutschnationalen ersucht das Bezirksamt, bei dem Polizeipräsidenten dahin zu wirken, daß von 11 Uhr abends die — Radio-Lautsprecher in den Privatwohnungen abgestellt werden sollen. Der Antrag verfiel der Ablehnung. Bei der Wahl des Vorstandes der Bezirksversammlung wurden die vorjährigen Mitglieder wiedergewählt. Anträge der SPD-Fraktion verfielen bei der reaktionären Mehrheit der Ablehnung. Gewählt wurden: Schwarz (D. Vp.) als Vorsteher, von Lynker als Stellvertreter, Morgenstern, Ratti, Reichau und Schütz als Beisitzer. Berechtigt war der Antrag der Demokraten, der bei der Befragung der leitenden Beamtenstellen im Bezirk verlangt, die betreffenden Deputationen vorher zu verständigen. Es handelt sich um die Wahl eines neuen Stadtdr. von dem die Deputation und die Bevölkerung erst nach vollzogener Wahl erfuhr. Bürgermeister Sembrotz glaubte sich hinter die Bestimmungen der Städteordnung als „hundertjährige Wahrheiten“ verchanzen zu können, ohne das Gefühl für die berechtigte Zeitforderung zu besitzen, denn schließlich wird ja die Hauptarbeit im Medizin- und Wohlfahrtswesen von den ehrenamtlich tätigen Helfern geleistet. — Die Zustände in den hiesigen Erwerbslosenabteilungen spotteten jeder Bescheidenheit. Stundenlang müssen die Erwerbslosen auf Abfertigung warten. Obwohl sämtliche Parteien darin einig waren, daß diese katastrophalen Zustände beseitigt werden müssen und ein Hinwirken des Bezirksamtes beim Gesundheitsamt gefordert wurde, nahmen die Kommunisten Gelegenheit, ein Standbüchlein für Steglitz zu inszenieren, sie hatten sogar für diesen Zweck ihre Garde herbeigeholt. Die Wirkung des Rummels verpuffte ebenso wie die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, durch Desinfizierung der Erwerbslosenaborte und der Räume der Krankenabteilungen die Gefahr der Grippe zu bannen. Der konkrete Antrag der SPD., Nebenabteilungen für die Erwerbslosenfürsorge einzurichten, der von

Genossen Kahrbed wirkungsvoll begründet wurde, fand einstimmige Annahme, ebenso wurden eine Reihe von Zusatzanträgen, die Schmarten, Kohlen- und Kleidungsbeilegerung, Schutzpeilung u. a. für die Erwerbslosen vorsehen, der Wohlfahrtsdeputation überwiesen. Genosse Klose rügte das Ueberstundenwesen im 12. Bezirk. Immer sind es jene Arbeiter, die sich bei der Verwaltung lieb sind machen, die diese Extraverdienste zugesichert erhalten. So hat ein Arbeiter allein in einem Vierteljahr 190 Ueberstunden geleistet. Diesen Ausführungen wurde vom Stadtbaurat Vogt widersprochen, es handle sich bei den Ueberstunden um betriebswichtige Arbeiten, die von gelegentlich eingestellten Arbeitern nicht ausgeführt werden könnten. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen. Eine Vorlage des Magistrats, die die Weiterführung des Straßenbaues von der Schloßstraße zur Straße „Unter den Eichen“ vorsieht und die Fällung der dortigen Baumreihen bedingt, wurde von den rechten Parteien stark bekämpft. Auch in der SPD-Fraktion herrschte Bedauern darüber, daß diese im Sommer einen prächtvollen Anblick gewährenden Baumreihen geopfert werden sollen. Im Interesse der Entwicklung des Verkehrs stimmte unsere Fraktion aber dem Antrage zu, der mit Mehrheit angenommen wurde.

Die SPD. läßt „kontrollieren“?

13. Bezirk — Tempelhof.

In der Bezirksversammlung vom 16. Januar gab der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung drei Dringlichkeitsanträge der sozialdemokratischen Fraktion bekannt. Sie fordern die Erbauung eines Krankenhauses im Bezirk, die Entschädigung der Kleingärtner auf der Ostseite des Tempelhofer Feldes und den Schulhausbau auf dem Tempelhofer Feld. Die Behandlung des letzten Antrages wurde auf die nächste Sitzung verlegt, im übrigen wird die Dringlichkeit anerkannt. Bei der Vorstandswahl wurde Genosse Burgemeister bei Stimmengleichheit durch das Los gewählt. — Als Schriftführer wurde Klotze (Dem.), als Stellvertreter der Vorsitzender Behrend (KPD.), als zweiter Schriftführer Elagal (Dnat.) gewählt. Dem Antrag der Redner, für ein Postamt auf der Feldstraße zu sorgen, wurde zugestimmt. Nun folgte ein Antrag der KPD., für den Turnverein Pacht aus Vorbestandsmitteln 2000 Mark zu bewilligen. Und nun folgte auch die Frage der Kommunisten ein. In einer Erwerbslosenversammlung am 11. Januar hatte der Bezirksverordnete Krohn die Anwesenden aufgefordert, am 16. Januar die sozialdemokratischen Bezirksratsmitglieder zu „kontrollieren“. Sie waren dem Rufe gefolgt, füllten den Zuschauerraum und „kontrollierten“ durch wähen Rabau und mit der gewöhnlichen Waife von Jurufen. Genosse Stadtrat Wald, der im Namen des Bezirksamtes sprach, wies darauf hin, daß solche Unterstellungen von der Zentrale erfolgen. Diese habe nicht aus schon 2000 Mark zugesichert. Er selber habe für 17 Vereine 900 Mark zur Verfügung. Der Redner konnte sich kaum verständlich machen, so schnell folgten die „Geisteskräfte“ aus dem Zuschauerraum. Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Nachdem dann eine Fürsorgekette für Krebskranke im neuen Gesundheitshaus beschaffen und einem Antrage, die Hilbertstraße und Kaiser-Friedrich-Straße in Lichtenrade in das Programm für Neupflasterungen aufzunehmen, zugestimmt war, legte wieder die kommunistische „Kontrolle“ ein.

Der Kommunist Blant polemisierte erst gegen das alte Regime und dann die „verräterische Sozialdemokratie“. Und endlich kam er auch dazu, zu beantragen, den Bojarski in Karl-Liebknecht-Platz und den Frankpark in Rosa-Luxemburg-Platz umzubenennen. Genosse Binte wurde mit Geheiß empfangen. Er wies auf die Anträge in der Stadtverordnetenversammlung hin, die auch einen Denkschein für beide vorsehen, und daß Lichtenberg beide Namen bereits überwigt habe. Aus diesen Gründen sei der Antrag hier nicht angebracht. Während dieser Rede verjuchte der Kommunist Behrend als zweiter Vorsitzender vergeblich, die Gemüter im Zuschauerraum etwas zu besänftigen. Der nächste Antrag der KPD. beschäftigte sich mit Mißständen bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützungen. Die SPD. hatte dazu ergänzend beantragt, daß „in den beantragten Melde- und Zahlstellen an jedem Tage Kranken- und Familienkrankenscheine ausgestellt werden“. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Der Dringlichkeitsantrag, für den Bau eines Krankenhauses im Bezirk einzutreten, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. — Ebenso einmütig stimmte die Versammlung dem sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag zu, der fordert, daß die durch den Flughafen verdrängten Kleingärtner entschädigt werden.

34 Grippe, Influenza

u. a. Erkältungskrankheiten haben sich Total-Gezeiten heroorragend bewährt. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheitserscheinungen sofort. 12. not. Befähigung sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Gutachten allein aus Arztbüchern eingegangen, darunter v. namhaften Professoren u. aus ersten Kliniken u. Kennzeichen. Überausch. Erfolge! Sorgen Sie Ihren Arzt! Total ist in allen Apotheken erhältlich. Preis 12. 1.40

12.5 Lit., 640 China, 743 Acid. port. sat. ad 100 emyl.

Die Hersteller dieser berühmten Woll-Marken sagen:

ESSLINGER WOLLE

SCHACHENMAYR WOLLE

„Waschen Sie Wolle mit Lux Seifenflocken“

LUX SEIFENFLOCKEN
SUNLICHT
GES. A.G.
MANNHEIM

